



Wulf Lapins

Prof. Dr., WeltTrends Institut für Internationale Politik
<https://orcid.org/0000-0003-2811-9970>

Zum deutschen Diskurs über den Krieg gegen die Ukraine

Krieg ist immer auch ein medialer Informationskrieg. Wer die Hoheit über den Diskurs bestimmt, der besitzt Informations-, Diagnose- und Definitionsmacht mit dem Zweck und Ziel, Zustimmungsmehrheiten für seine Sicht der Geschehnisse in der Gesellschaft zu erlangen. Dieser Artikel bearbeitet und kommentiert kritisch hinsichtlich Sprache und Denkfiguren, bis zum Stand Ende Januar 2023, anhand ausgewählter Beispiele aus Politik, Wissenschaft und Leitprintmedien Positionen und Diskussionen, Zusammenhänge und Hintergründe der deutschen Debatte über den Ukraine-Krieg: Über das Ringen um die jeweilige Deutungsmacht. Der Komplexität wie auch der Begrenzung des Umfangs für diesen Buchbeitrag geschuldet, kann hier nur eine Grobskizze vorgelegt werden.

Zusammengefasst vermitteln die vielen medial ausgetragenen Dispute mehrheitlich folgende dominante Deutungsbilder des Kriegsgeschehens: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein anachronistisches, in Europa überwunden geglaubtes historisches Phänomen eines Krieges zwischen zwei Staaten/vormalige Sowjetrepubliken. In diesem Krieg stoßen als ein erstes wichtiges Charakteristikum zwei entgegen gesetzte Weltbilder und Beurteilungen der Realität aufeinander. Von vorneherein trug er deutlich erkennbare Merkmale eines karthagischen Krieges als sein zweites wichtiges Charakteristikum. Der Krieg ist geleitet vom politischen Willen des russischen Präsidenten, der angewandten Strategie und Taktik und eingesetzten Militärtechnik, um die sozioökonomische, infrastrukturelle sowie die kulturelle Basis des Landes in Schutt und Asche zu legen. Mit den Worten des Co-Parteivorsitzenden der SPD, Lars Klingbeil: „Wladimir Putin will, dass die Ukraine von der

Landkarte verschwindet.“¹ Wie einst Rom die totale Zerstörung Karthagos als Absicht und Zweck im 3. Punischen Krieges (149–146 v. Chr.) ausgab, versucht Moskau vergleichbares in seinem Nachbarstaat umzusetzen – nachdem es keine relevanten militärischen Ziele mehr im Visier findet: *Ucraina delendam est*. Die vorausgegangenen, monatelangen militärischen Gruppierungen und US-entschlüsselten Einsatzdirektiven wiesen bei Kriegsbeginn auf eine vorgesehene schnelle, erfolgreiche Invasion hin. Dieses Drehbuch ist bereits gescheitert. Das zeigen die täglichen Lageberichte des renommierten US- Think Tanks, The Institute for the Study of War,² wie auch Aussagen russischer Militärexperten.³ Anstatt mit Brot und Salz als erhoffte Befreier von der vorgeblichen „Naziherrschaft“ in Kiew begrüßt zu werden, schlägt den russischen Truppen seit Kriegsbeginn Sperrfeuer entgegen, und die ukrainischen Streitkräfte starten immer wieder mit Rückeroberungen mit einmal mehr oder auch mit keinem Erfolg und militärischen Aufgabe von Gelände und urbanen Siedlungen.

Hingewiesen wird zuweilen auch auf eine andere historische Analogie. Hiernach ähnelte das Kriegsgeschehen in Hinsicht auf Plan und Umsetzung in den ersten Monaten dem finnisch-sowjetischen Winterkrieg 1939–40. Die finnischen Einheiten konnten den Durchmarsch der Invasoren ebenfalls stoppen. Wie damals folgt die heutige Propaganda aus Moskau dem Muster: Die Bevölkerung und Armee zur Kapitulation durch gezielte Falschmeldung zu bringen. So hieß es 1939, die „bourgeoise Regierung“ sei geflohen und zu Kriegsbeginn 2022, dass die „Regierung der Faschisten und Drogensüchtigen“ außer Landes sei. Doch beide Staatspräsidenten, Karl Gustav Emil Mannerheim und Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj, blieben in ihren Hauptstädten. Deshalb musste die sowjetische Regierung auch mit Mannerheim den Friedensvertrag aushandeln. Und wenn Selenskyj nicht doch noch durch weitere Attentatsversuche oder Beschuss verunglückt, wird auch die russische Regierung, in einer heute noch nicht vorhersehbaren personellen Konstellation, mit ihm in Verhandlungen treten müssen.

Imperialistischer Krieg

In zahlreichen Beiträgen wird die Intervention mit der nicht aufgearbeiteten Hypothek des russischen Imperialismus begründet. Exemplarisch dafür stehen die nachstehenden aufgeführten Positionen: Der damalige Leiter des Programms „Russländische Innenpolitik und politische Institutionen“ des Carnegie-Zentrums in Moskau,

¹ Lars Klingbeil, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20221018_Rede_LK.pdf [30.1.2023]. [Dieser Artikel behält die vom Autor vorgeschlagene Form der Fußnoten und bibliografischen Beschreibungen bei].

² Ukraine Project, interaktiver Tagesklick, <https://www.understandingwar.org/project/ukraine-project> (hier vom 20.12.2022 – 3.1.2023).

³ Zweites Deutsches Fernsehen, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/putin-propaganda-blogger-kritik-ukraine-krieg-russland-100.html> [30.1.2023].

Andrej Kolesnikov, betonte 2020 hinsichtlich der in Russland diskutierten Themen und Denkfiguren: „Der herrschende Diskurs ist imperial, militaristisch, bedrohungs-zentriert.“⁴ Das kann nicht folgenlos bleiben. Denn eine Regierung, die die eigene Bevölkerung mit einer solchen innenpolitische Sprach- und Denkweise propagandistisch manipuliert, wird früher oder später auch im Außenverhältnis aggressiv handeln und damit die europäische Stabilität gefährden. In den Worten von Kolesnikov: „Wenn man den Zusammenbruch der Sowjetunion als größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts begreift, so ist die aus ihren Trümmern entstandene Russländische Föderation eine Art Nicht-Staat. [...] Das echte Russland, wird es erst wieder geben, wenn es wieder groß ist – «great again» – also der Sowjetunion ähnlich, mit all ihren historischen Mythen.“⁵ In die gleiche Richtung aus seiner linken Perspektive argumentiert der russische Soziologe Ilya Matveev und markiert als ‘imperialistischen Wendepunkt’ das Jahr 2014:

[...] until 2014 Russia was negotiating its position within the global capitalist order dominated by the West. It was aiming at the ‘subimperialist’ role: a regional power with its own political-economic bloc, yet still integrated into the global economy. In 2014, things changed. Instead of ‘subimperialist’ status, Russia shifted into full-on confrontation with the West [...]. Russia’s aggression goes beyond capitalist interests. Yet it also goes beyond pure geopolitical calculus; even from this point, it’s madness. What I missed was imperialist, nationalist ideology. It does play an independent causal role. Russian leadership is enthralled with the idea of restoring ‘historic Russia’ by rectifying the mistake which is the existence of Ukraine as a country. It’s not just about NATO and the West. It’s about the ‘Russian world’ that goes beyond current Russian borders [...]. There’s a sense of ‘historic mission’ there.⁶

Die russische Historikerin, Tamara Eidelmann, schlägt einen weiten geschichtlichen Bogen und sieht den Ursprung des Angriffskrieges bereits im historischen russischen Imperialismus angelegt:

Ich denke, der Imperialismus war in Russland im Keim schon da, bevor es das Wort Imperium überhaupt gab. Peter der Große war der Erste, der offiziell zum Imperator ernannt wurde, aber eigentlich hat das Imperium schon vorher Gestalt angenommen: Als das Moskauer Zarenreich begann, sich auszudehnen und neue Gebiete einzunehmen – die Wolgaregion unter Iwan dem Schrecklichen im 16. Jahrhundert, Sibirien im 17. Jahrhundert – war der Grundstein für das Russische Imperium bereits gelegt.⁷

⁴ Andrej Kolesnikov, *Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes*, in: Osteuropa 6/2020, S. 6.

⁵ Ebenda, S. 27.

⁶ Ilya Matveev, <https://www.facebook.com/ilia.matveev/posts/10224882563347341> [30.1.2023]; derselbe, *The invasion of Ukraine and the specificity of Russian imperialism*, <https://www.iire.org/node/1022> [30.1.2023].

⁷ Tamara Eidelmann, <https://novayagazeta.eu/articles/2022/10/05/ia-ne-vizhu-iznutri-rossii-zaprosa-na-cio-raspad> [30.1.2023].

Auch Intellektuelle aus dem linksdemokratischen Spektrum in Deutschland merken selbstkritisch an:

Ja, denn wer in Russland unterwegs war, dem sprang die massive imperiale Geschichtspolitik allerorts ins Auge [...] Es wurde also gesehen, aber von uns Linken nicht laut ausgesprochen. Vielmehr wurde die Kritik oftmals als „Feindbildproduktion“ abgetan und beiseite gewischt. In den letzten Tagen [nach dem 24.2.2022 – W.L.] hat sich aber gezeigt, dass wir es unmissverständlich hätten kritisieren müssen!⁸

Desgleichen wird im marxistischen Denkspektrum versucht, den Krieg in die Imperialismus-Theorien einzuordnen bzw. ihn damit zu erklären.⁹

Die Narrative von Kujat und Mearsheimer

Aus dem kleineren Kreis namhafter internationaler westlicher Experten, die entgegen der Mehrheit ihrer Forschungskollegen vielmehr die Vereinigten Staaten als Protagonisten, mithin sogar als Treiber und Auslöser des Ukraine-Konflikts bis zum Krieg ausmachen, sollen hier prominent die Auffassungen des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr und ehemaligen Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, Harald Kujat sowie von dem US-Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer aufgeführt werden. Der Vier-Sterne General a.D. beurteilt Washington und Moskau zwar zunächst gleichwertig als Schlüsselbeteiligte, fokussiert aber danach durchweg die Politik der USA als verantwortlicher 'Alleininhaber' der russischen Sicherheitsorge. Einen 'Schuldschein' auch Russlands für den Angriff thematisiert er nicht. Seine Argumente, wie bei Mearsheimer ebenfalls zu sehen sein wird, könnten im Subtext sogar als ein relatives Verständnis für ein präventives 'ius ad bellum' gelesen werden:

Die Ukraine kämpft um ihre Freiheit, um ihre Souveränität und um die territoriale Integrität des Landes. Aber die beiden Hauptakteure in diesem Krieg sind Russland und die USA. Die Ukraine kämpft auch für die geopolitischen Interessen der USA. Denn deren erklärtes Ziel ist es, Russland politisch, wirtschaftlich und militärisch so weit zu schwächen, dass sie sich dem geopolitischen Rivalen zuwenden können, der als einziger in der Lage ist, ihre Vormachtstellung als Weltmacht zu gefährden: China [...]. Russland will verhindern, dass der geopolitische Rivale USA eine strategische Überlegenheit gewinnt, die Russlands Sicherheit gefährdet. Sei es durch Mitgliedschaft der Ukraine in der von den USA geführten Nato, sei es durch die Stationierung amerikanischer Truppen, die Verlagerung militärischer Infrastruktur oder gemeinsamer Nato-Manöver.¹⁰

⁸ Fabian Wisostzky, <https://www.rosalux.de/news/id/46055> [30.1.2023].

⁹ Imperialismus-Theorien, <https://www.marx21.de/imperialismus-theorien-im-kampf-um-die-ukraine-ein-ueberblick/> [30.1.2023].

¹⁰ Harald Kujat, <https://www.infosperber.ch/politik/welt/ukraine-die-kampfpanzer-reichen-fuer-eine-kriegswende-nicht/> [30.1.2023].

Mearsheimer's Bewertung fällt hingegen noch schärfer aus. Er vertritt den Standpunkt, dass die EU und die USA die Ukraine in ein Westeuropa transformieren wollen und damit eine wesentliche Verursachung für den Kriegsausbruch tragen:

Die Vereinigten Staaten sind in erster Linie für die Verursachung der Ukraine-Krise verantwortlich. Damit soll nicht bestritten werden, dass Putin den Krieg begonnen hat und dass er für die russische Kriegsführung verantwortlich ist. [...] Meine zentrale Behauptung ist, dass die Vereinigten Staaten eine Politik gegenüber der Ukraine vorangetrieben haben, die von Putin und anderen russischen Führern als existenzielle Bedrohung empfunden wird. [...] Konkret spreche ich von Amerikas Besessenheit, die Ukraine in die Nato aufzunehmen und sie zu einem westlichen Bollwerk an Russlands Grenze zu machen. [...] Putin reagierte darauf mit dem Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar dieses Jahres. [...] Ihm werden imperiale Ambitionen nachgesagt. Er wolle die Ukraine und auch andere Länder erobern, um ein Grossrussland zu schaffen, das eine gewisse Ähnlichkeit mit der ehemaligen Sowjetunion aufweise. [...] Diese Behauptung wird zwar in den Mainstream-Medien und von praktisch allen westlichen Staats- und Regierungschefs immer wieder geäußert, aber es gibt keine Beweise dafür. [...] Es gibt keine Beweise dafür, dass Putin am 24. Februar, als er seine Truppen in die Ukraine schickte, die Absicht hatte, die Ukraine als unabhängigen Staat abzuschieffen und sie zu einem Teil Russlands zu machen.¹¹

Folgend einige kritische Anmerkungen zu Mearsheimers Positionen: Eine bereits heute postulierte „existenzielle Bedrohung“ durch eine unbestimmte künftige ukrainische Nato-Mitgliedschaft setzt verifizierbare Indikatoren, wie glaubwürdige politische hochrangig programmatische Aussagen oder strukturelle Vorbereitungen, aufgedeckte Pläne u.ä. der USA voraus, nach einem Bündnis-Beitritt der Ukraine Russland existenziell zu bedrohen, also militärisch anzugreifen oder mit anderen Mitteln seine staatliche Souveränität elementar zu bekämpfen. Es werden in der strategischen Community jedoch keine Angriffspläne für US-Atomschläge zu einer solchen existenziellen Vernichtung jenseits der reaktiven Abschreckungsdoktrin diskutiert. Welcher US-Präsident würde es zudem wagen, wegen der russischen Zweitschlagfähigkeit, unbedroht das Atomtabu zu brechen und den nationalen Atomsuizid zu provozieren? Und wirken nicht auch Demokratie-immanente Gründe realistischerweise einem atomaren auslöschenden Angriffsdanken entgegen? Eine konventionelle Invasion wäre auch nur von europäischem Nato-Gebiet aus möglich und müsste auch konzertiert sein. Dazu ist kein Mitglied bereit, schon gar nicht mehrere. In diesem Kontext lautet ein häufiger Vorwurf aus Moskau, dass die Nato Russland jedoch geostrategisch einkreise. Das wiederum wird von westlicher Seite argumentativ bestritten.¹² Vielmehr hatten die russischen

¹¹ John J. Mearsheimer, <https://weltwoche.ch/daily/geostrategie-mearsheimer-putin-wollte-die-ukraine-nie-zu-einem-teil-russlands-machen-er-wollte-verhindern-dass-sie-zum-sprungbrett-fuer-westliche-aggression-werden-kann-der-nato-beitritt-ist-die/> [30.1.2023].

¹² Beispielhaft: Faktencheck, <https://russlandverstehen.eu/fuecks-becker-faktencheck-einkreisung-russland-nato/> [30.1.2023].

Streitkräfte die Ukraine vor dem Krieg militärisch umzingelt.¹³ Keiner von Putins behaupteten Kriegsursachen¹⁴ auf den Prüfstand gestellt, verlässt diesen mit einem „vielleicht doch“.

Auffällig ist, dass Putins Bedrohungs-Erzählung in seinem Essay vom 12. Juni 2021 „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“¹⁵ von Mearsheimer übernommen wird. Das überrascht. Denn in einem Aufsatz in *Foreign Affairs* 1993, „The case for a Ukrainian Nuclear Deterrent“, verurteilte er damals eine Abgabe der ukrainischen Atomwaffen an Russland (die Übergabe war am 1. Juni 1996 abgeschlossen) aus Sicherheitsgründen für die Ukraine und attestierte ihr vielmehr berechnete Sicherheitsbedenken:

Even now, pressing Ukraine to become a nonnuclear state is a mistake. A nuclear Ukraine makes sense for two reasons. First, it is imperative to maintain peace between Russia and Ukraine. That means ensuring that the Russians, who have a history of bad relations with Ukraine, do not move to reconquer it. Ukraine cannot defend itself against a nuclear-armed Russia with conventional weapons, and no state, including the United States, is going to extend to it a meaningful security guarantee. Ukrainian nuclear weapons are the only reliable deterrent to Russian aggression. If the U.S. aim is to enhance stability in Europe, the case against a nuclear-armed Ukraine is unpersuasive.

Im Kapitel zur Notwendigkeit des Friedens zwischen Russland und der Ukraine schrieb er aus heutiger Sicht ‘visionär’:

A war between Russia and Ukraine would be a disaster. [...] The likely result of that war – Russia’s reconquest of Ukraine would injure prospects for peace throughout Europe. A conventional war between Russia and Ukraine would entail vast military casualties and the possible murder of many thousands of civilians. Russians and Ukrainians have a history of mutual enmity; this hostility, combined with the intermixing of their populations, raises the possibility that war between them could entail Bosnian style ethnic cleansing and mass murder. This war could produce millions of refugees clamoring at the borders of Western Europe.¹⁶

Seine Prognose wurde am 24.2.2022 harte Realität.

Die 1993 der Ukraine zugestandenen Bedrohungssorgen sind nunmehr in seinem Artikel vom Juli 2022 konvertiert zu den der russischen Machtelite, von

¹³ Wie es zum Krieg in Europa kam, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/russland-ukraine-invasion-krieg-chronik> [30.1.2023]; Otto Luchterhandt, <https://zeitschrift-osteuroopa.de/blog/russlands-geisel/> [30.1.2023]; siehe auch: ISPK-Studien zur Konfliktforschung, https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748933915.pdf?download_full_pdf=1&page=1 [30.1.2023].

¹⁴ Putins Kriegsgründe, <https://www.dw.com/de/putins-kriegsgründe-im-faktencheck/a-60901735> [30.1.2023].

¹⁵ Wladimir Putin, *Über die historische Einheit*, in: *Osteuropa* 7/2021, S. 51–66.

¹⁶ *Foreign Affairs*, <https://www.mearsheimer.com/wp-content/uploads/2019/07/Mearsheimer-Case-for-Ukrainian-Nuclear-Deterrent.pdf> [30.1.2023].

„Putin und anderen russischen Führern“, wie er ausführt. Es ist der politische-geheimdienstliche-militärische-industrielle Machtapparat. Ob dieser tatsächlich von einer existentiellen Gefahr durch eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine ausgeht oder sie lediglich als instrumentiertes propagandistisches Narrativ wie eine Monstranz vor sich herträgt, ist nicht überprüfbar. Aber eine andere Bedrohungswahrnehmung kann tatsächlich unterstellt werden: Eine westlich strukturierte Ukraine als potenzielles gesellschaftspolitisches Nachahmungsmodell für Russland. Zudem: Mearsheimers negierte Bereitschaft von Putin, die Ukraine „als unabhängigen Staat abzuschaffen und sie zu einem Teil Russlands zu machen“, setzte dieser gleichwohl am 30. September 2022 um, als er größere Gebiete ihrer Oblaste Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson annektierte, d.h. sie in die Russische Föderation als neue Staatsgebiete inkorporierte. Der linksliberale Wissenschaftler und Publizist, Albrecht von Lucke, bringt es auf den Punkt:

Denn so wichtig es ist, die historischen Versäumnisse der Nato klar zu benennen, so entscheidend ist es, festzuhalten, dass es für den Beginn des Krieges keine Zwangsläufigkeit gab und dass dafür niemand anderes außer Wladimir Putin und seine Kamarrilla verantwortlich ist. [...] Indem speziell Deutschland, wenn auch aus nachvollziehbaren Gründen, dafür gesorgt hat, dass die Ukraine genau wie Georgien 2008 nicht Teil der Nato wurde – und auch nicht frühzeitig verhinderte, dass diese Erwartung überhaupt geweckt werden konnte – tragen auch wir eine moralische Verantwortung für die aktuelle Lage.¹⁷

Geopolitisches Pendeln der Ukraine zwischen Nato und Russland

Zudem ist die Historie viel komplexer, als von Mearsheimer dargelegt. Die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der Ukraine changierte zwischen Orientierungen in Richtung EU und Nato und nach Russland, je nachdem welche Regierung in Kiew amtierte.

An dieser Stelle können nur rudimentär seine Leerstellen gefüllt werden. 1991 wurde die Ukraine Mitglied im Nato-Kooperationsrat, 1994 fand die Aufnahme in das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ statt, 1997 wurde die Nato-Ukraine-Charta zur Vertiefung der Kooperation verabschiedet, und auf dem Nato-Gipfel in Bukarest 2008 erhielt Kiew als Kompromiss zwischen den befürwortenden USA und dem ablehnenden Frankreich und Deutschland die grundsätzliche Beitrittsperspektive: „Wir kamen heute überein, dass diese Länder NATO-Mitglieder werden“. Der Beitritt wurde damit auf unbestimmte Zeit in der Zukunft verschoben. Eine gute systematische Übersicht der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und dem

¹⁷ Albrecht von Lucke, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/april/putins-krieg-das-ende-unserer-illusionen> [30.1.2023].

Bündnis von 1991–2008 liefert die hier angegebene Quelle.¹⁸ Die damalige ukrainische Ministerpräsidentin, Julija Timoschenko, sagt rückblickend: „Die offizielle Begründung der Länder, die im entscheidenden Moment gegen uns gestimmt hatten, war: Die Zustimmung der Bürger in der Ukraine ist nicht groß genug. Und das war sicherlich keine falsche Einschätzung damals. Zu dieser Zeit waren nur maximal 20 Prozent der Ukrainer für einen NATO-Beitritt.“¹⁹

In den darauffolgenden Jahren reduzierte sich die Zustimmungsrate sogar noch. So hielten im April 2012 nur 13 Prozent der Bürger das transatlantische Bündnis für ihre beste Sicherheitsoption, während 31 Prozent für eine Allianz mit Russland plädierten und weitere 31 Prozent einen militärischen ungebundenen Status favorisierten.²⁰ Als Erklärung für diese Umfrageergebnisse bietet sich das Gesetz für eine Bündnisfreiheit des Landes an, das auf Betreiben des pro-russischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch vom Parlament am 1. Juli 2010 verabschiedet wurde. Zwar wurde die „Fortsetzung einer konstruktiven Partnerschaft mit der Nato“ hier auch zum Ausdruck gebracht, doch einer künftigen erstrebten Mitgliedschaft war erst einmal ein legislativer Riegel vorgeschoben.²¹ Nach der Annexion der Krim 2014 revidierte aber das Parlament mit überwältigender Mehrheit von 303 zu 8 Stimmen das bisherige Neutralitätsgebot und nahm wieder Kurs auf eine erstrebte künftige Nato-Mitgliedschaft.²² Diese Votierung spiegelte die gesellschaftspolitische Stimmung und Einstellung:

[...] then since 2014, public opinion has changed radically. In the next few years, NATO membership was supported by 40–46% of citizens, a military alliance with Russia and other CIS countries — by 5–7%, while the number of supporters of non-aligned status of Ukraine remained at the level of 21–28%. However, in the last survey in August 2019 this percentage increased significantly — up to 36%. NATO membership in the August poll was supported by 41% of the Ukrainians.²³

Der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko erhob am 7. Februar 2019 schließlich durch eine Verfassungsänderung den „strategischen Kurs des Staates in Richtung einer Vollmitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union und der Organisation des Nordatlantikvertrags“ zum Staatsziel.²⁴ Sein Nachfolger,

¹⁸ Rainer Lindner, https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/43685/ssoar-2008-pleines-Die_Ukraine_zwischen_Ost_und.pdf, S. 33–35 (30.1.2023).

¹⁹ Julija Timoschenko, <https://de.euronews.com/2014/12/23/ukraine-was-kommt-nach-dem-ende-der-neutralitaet> [30.1.2023].

²⁰ Kiis, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=888&page=1> [30.1.2023].

²¹ Parlament lehnt Nato-Beitrag ab, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-parlament-lehnt-nato-beitritt-ab-a-704236.html> [30.1.2023].

²² Aufgabe der Neutralität, <https://www.euronews.com/2014/12/23/ukraine-votes-to-drop-neutrality-and-see-nato-membership> [30.1.2023].

²³ Kiis, ebenda.

²⁴ Verfassungsänderung, <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2680-19?lang=uk#Text> [30.1.2023].

Wolodymyr Selenskyj, verfolgte den gleichen Endpunkt nationaler Sicherheit und erhielt aus Brüssel auf diesem Weg zwei mehr symbolische als konstitutive Anerkennungen. 2020 wurde sein Land im Rahmen des Nato-Partnerschaftsprogramms als „Enhanced Opportunities Partner“ aufgewertet, und seit 2021 bekommt es Unterstützung durch den „Individual Partnership Plan“. Mitte Januar 2023 positionierte sich der ukrainische Verteidigungsminister, Oleksii Reznikov, bereits mit der Aussage, dass sein Land jetzt schon de facto Mitglied der Nato sei: „Ukraine as a country, and the armed forces of Ukraine, became [a] member of Nato. De facto, not de jure (by law). Because we have weaponry, and the understanding of how to use it [...]. I’m sure that in the near future, we’ll become member of Nato, de jure.“²⁵ Von heutiger Warte aus betrachtet lässt sich keine Prognose wagen, ob überhaupt und wenn positiv entschieden würde, zu welchem Datum die vollwertige eingebundene Aufnahme in die beiden euroatlantischen Organisationen, EU und Nato, vollzogen würde. Für die Befürworter im Land gilt jedenfalls ungebrochen der Slogan: *Nato is for safe life, EU is for better socio-economic life.*

Aber auch Russland kooperierte mit der Allianz. Es wurde 1994 Mitglied im Programm „Partnerschaft für den Frieden“. Im Kontext der Grundakte von Paris 1997 erhielt Moskau einen Sitz beim Bündnis in Brüssel im Ständigen Gemeinsamen Rat, im Format 19+1. 2002 wurde der Nato-Russland-Rat (NRR) etabliert und die NATO Military Liaison Mission in Moskau eröffnet. Der NRR tagte zweimal jährlich auf dem Niveau der Außen- und Verteidigungsminister sowie der Generalstabschefs und einmal pro Monat auf Botschafterebene. So eng war die normative Zusammenarbeit der Ukraine mit der Allianz nie gewesen. Und ungeachtet des in Deutschland vorherrschenden politischen und medialen Narratives vom „Hauch des Kalten Kriegs“ nach Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007,²⁶ beurteilte die Bundesregierung die russische Verteidigungspolitik auch vier Jahre später offensichtlich noch als vertrauenswürdig und defensiv ausgerichtet. Anders lässt sich diese Vertragsgenehmigung von 2011 nicht erklären:

Der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern ist mit seinem russischen Partner JSCo Oboron-servis vom Verteidigungsministerium der Russischen Föderation beauftragt worden, ein Trainings- und Ausbildungszentrum in Mulino/Russland zu errichten. Damit wird in der Wolga-Region bis 2014 die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung entstehen, in der pro Jahr bis zu 30.000 Soldaten ausgebildet werden können. Das Auftragsvolumen für Rheinmetall beziffert sich einschließlich Erweiterungsoptionen auf über 100 Mio. EUR. [...] Im Hinblick auf die geplante Modernisierung der Ausrüstung der russischen Streitkräfte bieten sich damit gute Chancen für Folgebeauftragungen aus der Russischen Föderation. [...] Das hochmoderne

²⁵ Oleksii Reznikov, <https://www.bbc.com/news/world-europe-64255249> [30.1.2023].

²⁶ Wladimir Putin, <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html> [30.1.2023].

Heeresausbildungszentrum in Mulino ist für die Ausbildung von verstärkten mechanisierten Infanterie- und Panzerbrigaden konzipiert.²⁷

In den Folgejahren nach Putins perzipierter Philippika 2007 entwickelte sich jedoch ein wachsendes Zerwürfnis mit immer wieder Unterbrechungen des etablierten Allianz-Russland-Sicherheitsdialogs. Wesentliche Marksteine dafür waren aus Nato-Sicht: Der russisch-georgische Krieg 2008, der Krieg in der Ostukraine ab 2014, die Vergiftung des Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien 2018, die Ausweisung von russischen Diplomaten der ständigen Vertretung bei der Nato 2021 wegen Vorwurfs der Agententätigkeiten und der Aufbau der militärischen Drohkulisse gegen die Ukraine im selben Jahr. Der anerkannte rumänische Historiker für sowjetische und russische Geschichte, Armand Gosu, beurteilt die Kriegsbegründung von Putin und die vorausgegangene Entzweigung mit dem Westen so:

Ich denke, wir sind Zeugen einer Neukalibrierung von Putins Diskurs geworden. Bisher oft gebrauchte Begriffe wie 'Entnazifizierung' oder 'Banden von Drogenabhängigen' scheinen daraus zu verschwinden. Die Betonung liegt jetzt auf der Unausweichlichkeit des Krieges. Das heißt, dass es keine Alternative zum Krieg gegeben und Putin nur das getan habe, wozu er verpflichtet gewesen sei. Und das sei grundsätzlich richtig gewesen. [...] Diese Haltung sollte uns nicht überraschen, sie ist spezifisch für kommunistische Bürokratien sowjetischen Typs und für die Militärkreise, aus denen Putin kommt. [...] Ich glaube, dass Russland sich schon seit langem im Kriegszustand mit dem Westen befindet, nur dass dieser seit dem 24. Februar 2022 die Form eines konventionellen Kriegs angenommen hat.²⁸

Moskaus Hauptvorwürfe wiederum betrafen im zeitlichen Längsschnitt betrachtet: Die USA hätten die Staaten in Ostmitteleuropa vor die Wahl gestellt, für sie oder Russlands zu sein, ihre militärische Ausbildung und Bewaffnung von syrischen oppositionellen Gruppen sei gescheitert, denn diese wären zum IS übergelaufen, und die auf westliche Initiative verabschiedete UN-Resolution zur Errichtung einer Flugverbotszone in Libyen sei falsch gewesen: „Sie erlaubt alles. Sie gleicht einem mittelalterlichen Aufruf zum Kreuzzug, wo irgendeiner jemanden aufstachelte, in ein beliebiges Gebiet einzumarschieren und es zu befreien.“²⁹

²⁷ Hardthöhen Kurier, <https://www.hardthoehenkurier.de/index.php/news/9-news/554-rheinmetall-mit-grossauftrag-erfolgreich-in-russland-hochmodernes-trainingszentrum-fuer-das-russische-Heer> [30.1.2023].

²⁸ Armand Gosu, <https://www.dw.com/de/moskaus-feind-ist-der-westen/a-61849310> [30.1.2023].

²⁹ Libyen, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-mission-putin-wirft-westen-kreuzzug-gegen-gaddafi-vor-a-752251.html> [30.1.2023].

Auf der Suche nach Versäumnissen

In diesem Abschnitt werden die wesentlichen Kritiken an vermeidbar gewesenen Defiziten deutscher Russlandpolitik beleuchtet: Das deutsche Eigenbild vom besonderen Verhältnis zu Russland durch seine Geschichte, die Ostpolitik und Aufbau von energiewirtschaftlichen Dependenzstrukturen als stabilitätspolitisches Axiom, resultierte im festen Glauben, Moskaus Politik oft besser verstehen und deuten zu können als andere in Europa. Das Modell liegt nach dem 24. Februar 2022 in Scherben. Indikativ dafür steht die Aussage von Außenministerin Baerbock: „Wir sind in einer anderen Welt aufgewacht“.³⁰ Wie es zu der Fehlbeurteilung der offensichtlich langfristig angelegten militärischen Interventionspolitik Putins kommen konnte, öffnet das Feld für eine vormalige umzupflügende Analyseschule, auf die eine Untersuchung über „Westliche Russlandpolitik: Mythen, Fehlbeurteilungen und Strategien“ Anfang 2021 aufmerksam machte:

Im Wesentlichen sind dabei zwei Denkrichtungen zu unterscheiden. Eine sieht das von Putin geschaffene System als eine Autokratie mit einem autistischen Führungszirkel und wachsendem Einfluss der Sicherheitsorgane an, und sie stellt eine enge Verbindung zwischen einer zunehmenden Repression im Inneren und einer aggressiven Außenpolitik auf scharf anti-westlicher Basis fest. Die andere streitet zwar die Existenz von Demokratiedefiziten und Völkerrechtsverletzungen nicht ab, erkennt aber keinen grundsätzlichen Unterschied im außenpolitischen Vorgehen zwischen Russland und den USA. Sie betrachtet Putin als ganz normalen Politiker, dem die Sicherheitsinteressen des Landes am Herzen liegen und die er durch die Politik des Westens und insbesondere der NATO als gefährdet ansieht. In der Ostwissenschaft hat sich im Verlaufe der unterdessen mehr als zwei Jahrzehnte dauernden Führerschaft Putins ein Konsens um die erste Interpretationsrichtung gebildet.³¹

Gestützt wird diese, mit Blick auf die erstgenannte Denkschule, durch die Forschungsergebnisse des Britischen Royal Institute of International Affairs (Chatham House) über „Myths and misconceptions in the debate of Russia“³² sowie einer Denkschrift von deutschen Osteuropaexperten „Für eine neue Russlandpolitik“:³³

³⁰ Annalena Baerbock, <https://www.youtube.com/watch?v=C3aeAoQbVp4> [30.1.2023].

³¹ Hannes Adomeit: Einleitung, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2021-3008/html> [30.1.2023]. Zwei Veröffentlichungen aus vorangegangenen Jahren stehen beispielhaft für eine ambivalente „pragmatische“ Russische Grossmachtspolitik, Martin Malek, *Russland – eine Großmacht?*, 2003, https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/stb4_03.pdf [30.1.2023]; Johann Zajackowski, *Russland – eine pragmatische Grossmacht?* Stuttgart 2015.

³² Chatham House, https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/2021-05/2021-05-13-myths-misconceptions-debate-russia-nixey-et-al_0.pdf [30.1.2023].

³³ Andreas Heinemann-Grüder, Nikolay Mitrokhin, in: *Osteuropa* 3/2021, S. 91–98. Dazu auch: Lilija Sevcova, *Russlands Wille zur Weltmacht*, in: *Osteuropa* 4/2007, S. 33–52; Sabine Fischer, *Russland auf dem Weg in die Diktatur*, <https://www.swp-berlin.org/publikation/russland-auf-dem-weg-in-die-diktatur> [30.1.2023]; Gerhard Simon, *Russlands Griff nach der Weltmacht*,

Weniger deutlich, vor allem im deutschen Strategiepapier, wird die Tatsache beschrieben, dass das Verhältnis ebenfalls wie im Kalten Krieg eine militärpolitische Komponente hat, die in Russland durch Militarisierung der Gesellschaft, Heroisierung der russischen Geschichte und umfassende Modernisierung der konventionellen und nuklearstrategischen Streitkräfte verstärkt wird. Allerdings schrecken auch sie in ihrem Bemühen, Klarheit für derzeitige und künftige Entscheidungsträger zu schaffen, davor zurück, das Verhältnis Russlands zum Westen als strategische Gegnerschaft zu bezeichnen.³⁴

Jetzt, nach Kriegsausbruch, wird hingegen die vormalige mangelnde Aufmerksamkeit der Politik auf den Konnex von russischer militarisierter Innenpolitik und offensiver gewaltsamer Aussenpolitik zum Thema gelegt.³⁵ Es sind bislang lediglich erst skizzenhafte Deutungsversuche mit Fokus auf handlungs- bzw. gestaltungspolitische vermeintliche eigene Versäumnisse.³⁶ Der Berliner Soziologe Andreas Reckwitz thematisiert in seinem Essay demgegenüber eine ideengeschichtliche, aus dem Idealismus gespeiste westliche Fortschrittsgläubigkeit, als einen weiteren potenziellen Ursachenstrang. Der Mauerfall 1989 wurde als Triumph des „liberalen Fortschrittsmodell“ interpretiert.

Mit einer solchen modernisierungstheoretischen Perspektive hat der Westen lange Zeit auch auf Russland geschaut. Das Land erschien als zentraler Kandidat der nachholenden Modernisierung. Wenn Russland in den globalen Handel eingebunden sei, sich den Märkten öffne und die zivilgesellschaftlichen Akteure gestärkt würden, dann werde es schon den Weg in Richtung Demokratisierung und Pluralisierung beschreiten, so lautete die Annahme. Mit dem Krieg in der Ukraine ist diese Illusion endgültig zerstoßen.³⁷

Appelle Pro und Contra Waffenunterstützung und Waffenstillstand

Am 14. Januar 2022, fünf Wochen vor dem Angriffskrieg, forderte eine größere Gruppe von Experten mit Fachwissen über Osteuropa und Sicherheitspolitik eine Revision deutscher Russlandpolitik:

<https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s12399-022-00917-5.pdf?pdf=button> [30.1.2023].

³⁴ Hannes Adomeit, ebenda: Fazit

³⁵ Margarete Klein, Nils Holger Schreiber, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A76_Russland_Militarisierung.pdf [30.1.2023].

³⁶ Beispielhaft: Wilfried Jilge, Stefan Meister, *Lehren aus dem Scheitern deutscher Russlandpolitik*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2022, S. 6; Andreas Umland, *Abschied vom Wolkenkuckucksheim. Deutschlands langsamer Wiedereintritt in die Weltpolitik*, in: Russland-Analysen Nr. 419, S. 2/3; Liana Fix, *Es war nicht alles falsch! Oder doch?* Ebenda, S. 3/4; Andreas Heinemann-Grüder, *Deutschlands Selbstbild – ein Kollateralschaden des Krieges?* Ebenda, S. 5; Peter Graf Kielmansegg, *Putins Krieg*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online, aktualisiert 23.4.3022.

³⁷ Andreas Reckwitz, *Der Optimismus verbrennt*, in: *Die Zeit* 12/2022, S. 47.

Berlin hat mit seiner Außen- und Außenwirtschaftspolitik zur politischen und ökonomischen Schwächung osteuropäischer Nicht-Nuklearstaaten und zur geoökonomischen Stärkung einer zunehmend expansiven Atomsupermacht beigetragen. [...] Russland droht mit kriegerischer Eskalation, sollte es keine „Sicherheitsgarantien“ – sprich: eine Befugnis des Kremls zur Aussetzung des Völkerrechts in Europa – erhalten.³⁸

In seiner „Zeitenwende-Rede“, der Regierungserklärung zum Krieg in Europa vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar, postulierte Bundeskanzler Olaf Scholz eben diese grundlegende deutsche Neuaufstellung in der Sicherheits-, Energie- und Russlandpolitik.³⁹ Eine Kausalität besteht hier aber nicht.

Knapp drei Wochen später, am 18. März, kritisierten erneut vorwiegend Osteuropaexperten, in großer Zahl identisch mit den Personen des Aufrufs vom 14. Januar, wiederum die von ihnen ausgemachten vormaligen politische Fehler und Versäumnisse: „Diese Politik basierte auf der Hoffnung, Moskau immer offensichtlicher werdende neoimperiale Ambitionen durch eine Kombination intensiver Diplomatie, vertraglicher Einbindung und multipler Geschäftsbeziehungen eindämmen zu können.“ Die Unterzeichner forderten zudem die „Lieferung nicht nur leichter, sondern auch schwerer Defensiv- sowie ausgewählter Offensivwaffen wie z.B. größerer Flugabwehrgeräte sowie geeigneter Kampfflugzeuge, -schiffe, -fahrzeuge usw.“⁴⁰ Bekanntlich war die Bundesregierung erst Monate später zur Übergabe von schweren Luftabwehrsystemen bereit.

Ob langfristig sogar Flugzeuge bereit gestellt werden, hängt vom weiteren Kriegsverlauf und der dadurch potenziellen Eskalationsprognose in den westlichen Hauptstädten ab. Der Bundeskanzler missbilligte Ende Januar 2023 jedenfalls die von der SPD-Co-Vorsitzenden Saskia Esken nicht ausgeschlossene künftige Lieferung von Kampfflugzeugen. Vielleicht war es ihr politischer Lerneffekt, in diesem Krieg nicht wieder eine rote Linie zu ziehen, d.h. kategorisch etwas auszuschließen. Der Unmut von Scholz war erkennbar, überhaupt darüber zu reden. Auf seiner Südamerika-Reise darauf angesprochen sagte er am 30. Januar 2023: „Es ist eigenwillig, dass diese Debatte geführt wird“. Notwendig sei eine ernsthafte Auseinandersetzung und nicht „ein Überbietungswettbewerb [...], bei dem vielleicht innenpolitische Motive statt die Unterstützung der Ukraine im Vordergrund stehen“.⁴¹

³⁸ Offener Brief vom 14.1.2022, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-01/deutsche-russlandpolitik-korrektur-forderung-sicherheitspolitik/komplettansicht> [30.1.2023].

³⁹ Olaf Scholz, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> [30.1.2023].

⁴⁰ Offener Brief vom 18.3.2011, <https://www.tagesspiegel.de/politik/osteuropa-experten-fordern-harteren-russlandkurs-4317901.html> [30.1.2023].

⁴¹ Zeit-online, https://www.zeit.de/politik/ausland/ukraine-krieg-russland-newsblog-live?mj_campaign=nl_ref&mj_content=zeitde_text_link_x&mj_medium=nl&mj_source=int_zonaudev_Was%20jetzt%3F#event_id=em12Tjv96goC6Qs7D9nL [30.1.2023].

Beide offenen Briefe bildeten den Auftakt von in den nächsten Monaten weiteren zahlreichen öffentlichen Aufrufen für mehr Diplomatie wagen und Waffenstillstands-Appellen sowie ihnen entgegengesetzten Forderungen für mehr militärische Unterstützung der Ukraine. Nachfolgend wird auf einige von ihnen eingegangen, als Spiegel des harten deutschen gesellschaftspolitischen Diskurses zur hochaktuellen Frage von Krieg und Frieden.

Am 28. April, veröffentlichte der renommierte Soziologen und Philosophen Jürgen Habermas einen Aufsatz über den Ukraine-Krieg und titelte ihn „Krieg und Empörung“⁴². In ihm lobt er die Zurückhaltung der Bundesregierung in der Waffenlieferung an die Ukraine als rationale Tugend und rügte, „die Selbstgewissheit, mit der in Deutschland die moralisch entrüsteten Ankläger gegen eine reflektiert und zurückhaltend verfahrenende Bundesregierung auftreten“. Aus dem Ost-West-Konflikt wurde ihm zufolge die richtige „Lehre gezogen, dass ein Krieg gegen eine Atommacht nicht mehr in irgendeinem vernünftigen Sinne «gewonnen» werden kann, jedenfalls nicht mit Mitteln militärischer Gewalt innerhalb der überschaubaren Frist eines heißen Konflikts.“ Der Subtext lautete hier, dass ein Atomwaffenstaat zur Abwendung einer militärischen Besiegung auf dem Schlachtfeld oder politischen Totalniederlage seine Kernwaffen einsetzen würde.

Der Beitrag löste eine breite kontroverse Debatte aus. Beispielhaft für viele soll an dieser Stelle die Gegenrede „Deutsche Verantwortung“⁴³ des nicht minder angesehenen Historikers Timothy Snyder verwiesen werden. Er widerspricht etlichen Aussagen von Habermas. So auch dessen Behauptung, dass gegen Nuklearmächte nicht erfolgreich Krieg geführt werden könne: „Sowohl die Sowjetunion als auch die USA verloren während des Kalten Kriegs größere Kriege. Amerika wurde von Nordvietnam geschlagen, die UdSSR in Afghanistan. [...] Damit hilft Habermas, einen Teil der deutschen Öffentlichkeit für die These zu gewinnen, dass die Ukraine den Krieg nicht gewinnen könne.“ Snyder ist insofern zuzustimmen, weil Habermas bei den Begriffen Sieg oder Niederlage einer Nuklearmacht nicht zwischen dem Verteidigungskrieg auf eigenem Territorium und einem Eroberungskrieg auf fremden Staatsgebiet unterscheidet. Jedoch waren Vietnam und Afghanistan Schlachtfelder auf fremden Staatsgebieten. Die Kriege dort bildeten keine unmittelbare Bedrohung für ihre Länder. Beide besaßen zwar eine geopolitische Imprägnierung. Sie indizierten jedoch keine Vorhaben für die Etablierung einer neuen Weltordnung, wie Putin sie anstrebt.

Bei der israelischen Abwehr des Angriffs arabischer Staaten im Jom Kippur Krieg 1973 perzipierte Tel Aviv demgegenüber eine existentielle Bedrohung. Seriösen Quellen zufolge war die faktische Atommacht angesichts einer drohenden

⁴² Jürgen Habermas, https://blendle.com/i/sueddeutsche-zeitung/krieg-und-empörung/bnl-sueddeutschezeitung-20220429-12_1?sharer=eyJ2ZXJzaW9uIjoiaWMSIsInVpZCI6Ind1bGZsYWwucyIsImI0ZW1faWwQOiJibmwtc3VIZGRldXRzY2hlemVpdHVuZy0yMDIyMDQyOS0xMl8xIn0%3D [30.1.2023].

⁴³ Timothy Snyder, <https://www.karenina.de/russland/wissenschaft/ukraine-wo-habermas-irrt> [30.1.2023].

militärischen Niederlage am 3. Tag zum Einsatz ihrer finalen Waffen bereit: „Bereits in der Nacht auf den 9. Oktober ordnete Meir an, 13 taktische Atombomben einsatzbereit zu machen – für alle Fälle, denn das Ende schien tatsächlich nah. Aber es kam anders – und führte wenige Jahre später sogar zum Frieden mit Ägypten.“⁴⁴

Kurzer Exkurs: Die beiden größten Atomkräfte USA und Russland positionieren sich öffentlich-deklaratorisch zum Einsatz ihrer Massenvernichtungssysteme sehr ähnlich. Die USA würden “only consider the use of nuclear weapons in extreme circumstances to defend the vital interests of the United States or its Allies and partners.”⁴⁵ Zu „Aporien“ der „US-Nukleardoktrin“⁴⁶ ist fundiert geforscht worden. Ebenfalls liegen zur im Westen unterstellten russischen Nukleardoktrin mit ihrem Denken der „Eskalation zur Deeskalation“ aussagekräftige, gleichwohl konträre Analysen, vor.⁴⁷ Formal heisst es im russischen Präsidentenerlass zur Nuklearen Abschreckung nuklearen Abschreckung vom 2. Juni 2020:

Die Russische Föderation behält sich das Recht vor, Nuklearwaffen anzuwenden als Antwort auf den Einsatz der Nuklearwaffen und/oder anderer Arten von Massenvernichtungsmitteln gegen sie und/oder ihre Verbündeten, sowie im Fall einer Aggression gegen die Russische Föderation mit Einsatz herkömmlicher Waffen, wenn die staatliche Existenz selbst bedroht wurde.⁴⁸

Beide Staaten schließen zudem einen atomaren Ersteinsatz nicht aus. Unisono unklar lassen sie auch als Strukturprinzip der Abschreckung, was sie unter „vitale Interessen“ (USA) bzw. „staatliche Existenzbedrohung“ (Russland) verstehen.

Einen Tag (29.4.) nach dem Artikel von Habermas, erschien ein Offener Brief an Bundeskanzler Scholz von Intellektuellen, vorwiegend aus dem Kunst-, Medien- und pädagogischen Bereich. Sie appellierten an ihn, dass er

sich auf seine ursprüngliche Position besinnen und nicht, weder direkt noch indirekt, weitere schwere Waffen an die Ukraine liefern solle. [...] Die Lieferung großer Mengen schwerer Waffen allerdings könnte Deutschland selbst zur Kriegspartei machen. Und ein russischer Gegenschlag könnte damit den Bestandsfall nach dem Nato-Vertrag und damit die unmittelbare Gefahr eines Weltkriegs auslösen.⁴⁹

⁴⁴ Golda Meir, <https://www.diepresse.com/1458625/als-israel-schon-zur-atombombe-griff> [30.1.2023].

⁴⁵ Nuclear Posture Review 2022, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF12266> [30.1.2023].

⁴⁶ Peter Rudolf, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2018S15_rdf.pdf [30.1.2023].

⁴⁷ Burckhard Meißner, Severin Pleyer, contra-Position, https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/08/GIDSstatement2022_07_Meissner_Pleyer_20220822.pdf [30.1.2023]; Matthew Kroenig, pro-Position, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2018-4002/html?lang=de> [30.1.2023].

⁴⁸ Russischer Nukleareinsatz, <https://www.bits.de/public/gast/2020-Juni-dgksp-dp-NuklearpolitikRUS.pdf> [30.1.2023].

⁴⁹ Offener Brief vom 29.4.2022, <https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463> [30.1.2023].

In einem Gegen-Offenen Brief (29.4.) von Akademikern vorwiegend aus den Sozialwissenschaften an den deutschen Regierungschef, forderten diese ihn hingegen auf, „die Entschließung des Bundestages für Waffenlieferungen an die Ukraine rasch in die Tat umzusetzen. [...] Wer einen Verhandlungsfrieden will, der nicht auf die Unterwerfung der Ukraine unter die russischen Forderungen hinausläuft, muss ihre Verteidigungsfähigkeit stärken und die Kriegsfähigkeit Russlands maximal schwächen.“⁵⁰ In seiner Rede zum 1. Mai in Düsseldorf reagierte Bundeskanzler Scholz auf die Forderung nach einem Waffenstopp für die Ukraine. Der ihn laut auch als Kriegstreiber lautstark skandierenden Menge rief er heftig aufgebracht entgegen: „Es muss einem Bürger der Ukraine zynisch vorkommen, wenn ihm gesagt wird, er solle sich gegen die Putinsche Aggression ohne Waffen verteidigen. Das ist aus der Zeit gefallen.“⁵¹

Bereits am 28. März hatte der bekannte ukrainische Philosoph, Wolodymyr Jermolenko, davor gewarnt, keine Kriegsbeendigung „um den Preis der ukrainischen Unabhängigkeit oder Souveränität. Wenn man diesen Krieg mit einer halbzerstörten und halbbesetzten Ukraine beendet, wird das irgendwann einen heißen Krieg zwischen Russland und den Nato-Staaten bedeuten.“⁵² Der geforderte Aufruf zum sofortigen Waffenstillstand von bekannten Schriftstellern, Philosophen, Juristen und anderen Akademiker am 29. Juni schien aber exakt auf dieses Szenario hinauszulaufen, wemgleich ganz sicher nicht von den Unterzeichnern beabsichtigt. Sie mahnten:

Die westlichen Länder, die die Ukraine militärisch unterstützen, müssen sich deshalb fragen, [...] ob (und wie lange) Waffenlieferungen weiterhin der richtige Weg sind. [...] Verhandlungen bedeuten nicht [...] der Ukraine eine Kapitulation zu diktieren. [...] Einen Diktatfrieden Putins darf es nicht geben. [...] Die internationale Gemeinschaft muss vielmehr alles dafür tun, Bedingungen zu schaffen, unter denen Verhandlungen möglich sind. [...] Dazu gehört die Bekundung, dass die westlichen Akteure kein Interesse an einer Fortführung des Krieges haben und ihre Strategien entsprechend anpassen werden. [...] Nur eine Aussetzung der Kampfhandlungen schafft die dafür notwendige Zeit und Gelegenheit.⁵³

Es konnte nicht überraschen, dass auch auf diesen Appell eine scharfe Replik erfolgte. Sie erschien am 19. Juli. Gleich zu Beginn wird kritisiert:

Da es in dem Aufruf um einen Krieg zwischen der Ukraine und Russland geht, verwundert allerdings die vollständige Abwesenheit von ForscherInnen zur ukrainischen und/oder russischen Politik, Armee, Geschichte und Kultur. Warum stehen hier

⁵⁰ Offener Brief vom 4.5.2022, https://www.zeit.de/2022/19/waffenlieferung-ukraine-offener-brief-olaf-scholz?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [30.1.2023].

⁵¹ Scholz-Rede am 1.5.2022, <https://www.welt.de/politik/ausland/article238481145/Ukraine-News-Scholz-wirft-Pazifisten-Zynismus-vor.html> [30.1.2023].

⁵² Wolodymyr Jermolenko, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/506785/russland-will-nicht-nur-die-ukraine-zerstoeren-sondern-auch-europa/> [30.1.2023].

⁵³ Offener Brief vom 29.6.2022, <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand> [30.1.2023].

etliche ProfessorInnen, jedoch keine prominenten OsteuropahistorikerInnen, RusslandforscherInnen oder UkrainistInnen an vorderster Front?

Lakonisch könnte man hier antworten, weil sie eben Unterzeichner dieses Gegenaufrufs sind. Der impliziten Aufforderung, die Waffenunterstützung zu beenden, wird entgegen gehalten:

Nur wenige OsteuropaexpertInnen würden sich bereit erklären, einen solchen Ansatz zur Einhegung des russischen Imperialismus zu unterstützen. [...] Die Unterzeichneten sehen die Befähigung der Ukraine zur dauerhaften Selbstverteidigung offenbar nicht als Hauptaufgabe an. [...] Klein Begeben – zum soundsovielten Mal. Was vor dem 24. Februar wiederholt nicht funktioniert hat, soll nunmehr die Lösung sein.⁵⁴

Ius ex bello – Verhandlungspflicht?

Zum Jahreswechsel versuchte der Berliner Rechtsphilosoph und Strafrechtler Reinhard Merkel mit seinem Essay „Verhandeln heißt nicht kapitulieren“⁵⁵ die Deutungshoheit der Befürworter einer umgehenden Waffenruhe weiter zu festigen. Zu den bekannten Kriegs-Theoremen ‘ius ad bellum’, ‘ius in bello’ und ‘ius post bellum’ argumentierte er, mit Referenz auf den Frankfurter Philosophen Darell Moellendorf, für eine vierte normative Denkfigur, dem ‘ius ex bello’. Weil das Völkerrecht, wie von ihm auch anerkannt, kein ius ex bello kennt, besteht sein Bemühen darin, daraus aber eine moralische Rechtspflicht zu konstruieren, eine „Pflicht der Regierung in Kiew, Verhandlungen ex bello zu akzeptieren und deren konzessionslose Ablehnung zu beenden. [...] Diese Pflicht ist, im Unterschied zu der Moskauer, kein unmittelbare Gebot des Völkerrechts, wohl aber eines der politische Ethik.“ Auch beim Selbstverteidigungsrecht – Merkel nennt das „Kriegsführung“ – behauptet er moralische Grenzziehungen: „Zwei davon sind offensichtlich [...] erstens das Risiko eines Nuklearkriegs und zweitens ein unerträgliches Missverhältnis zwischen den Zielen der Selbstverteidigung und deren Kosten an menschlichem Leben und Leid – nicht nur der Zivilbevölkerung, sondern auch der Soldaten.“ Die Frage stellt sich hierbei: Wenn aus Sorge vor einer atomaren Eskalation das Selbstverteidigungsrecht erlöschen soll, würde damit nicht der Versuchung von nuklearen Erpressungen Tür und Tor geöffnet werden? Zudem müssten konsequent auch alle Kernwaffenstaaten ihre Abschreckungsdoktrinen aufgeben und ihre jeweiligen Waffen abrüsten. Wer sieht dafür realistische Wegmarken? Hinsichtlich der Causa Krim, bei der Merkel offen lässt, ob Russland 2014 den Tatbestand der Annexion erfüllt hat, statuiert er: „Doch seither steht die Krim unter einer russischen Administration, der die große Mehrheit

⁵⁴ Offener Brief, 19.7.2022, Replik auf „Waffenstillstand jetzt“, https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/96-osteuropa-experten-weltweit-fordern-schwere-waffen-jetzt_id_119428660.html [30.1.2023].

⁵⁵ Reinhard Merkel, <https://www.karenina.de/russland/politik/hat-die-ukraine-die-pflicht-zu-verhandeln/> [30.1.2023].

ihrer Bevölkerung zustimmt. Aus der ehemals rechtswidrigen Okkupation ist der stabile Zustand einer befriedeten Ordnung entstanden. [...] Zugleich endet für die Ukraine die Möglichkeit, eine militärische Rückeroberung der Krim als Selbstverteidigung zu rechtfertigen.“

Sein Artikel rief heftigen Widerspruch und Kopfschütteln unter Osteuropa-Historikern⁵⁶ sowie Internationales Recht Lehrenden hervor. Beispielfhaft sollen an dieser Stelle einige von weiteren Einwänden aus der Völkerrechtszunft von Helmut P. Aust, Freie Universität Berlin, und Caroline v. Gall, Universität Frankfurt, (zusammen mit dem Politikwissenschaftler Andreas Umland), dargelegt werden. Aust kritisiert, Merckels Artikel schmälert

die klaren Aussagen des Völkerrechts unter Rückgriff auf eine diffuse Moral und stellt fest, dass „die Pflicht der Regierung in Kiew, Verhandlungen ex bello zu akzeptieren“, kein unmittelbares Gebot des Völkerrechts sei – dann also ein mittelbares? Es fehlt an der von Merkel in Anspruch genommenen „erreichten normativen Stabilität“ der Situation auf der Krim [...] Diese kann nämlich schon dann nicht eintreten, wenn die fragliche territoriale Situation durch einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Gewaltverbot eingetreten ist, was im Fall Krim durch das Vorliegen einer völkerrechtswidrigen Annexion gegeben ist.“⁵⁷

Von Gall/Umland machen hinsichtlich der intellektuellen Urheberchaft von *ius ex bello* darauf aufmerksam: „Moellendorf distanzierte sich allerdings in den sozialen Netzwerken umgehend von Merkel und erkennt derzeit keine Pflicht der Ukraine zur Beendigung des Krieges.“ Zudem verwerfen beide Wissenschaftler dessen relativierendes Selbstverteidigungsrecht der Ukraine als nicht konzise. Sie monieren:

Die Gegenüberstellung von Selbstverteidigungsrecht contra Kriegsleid verwischt auch den Zusammenhang von Selbstverteidigung und völkerrechtlichem Selbstbestimmungsrecht. Er entwertet die freie Entscheidung des ukrainischen Volkes sowie einzelner Bürgerinnen und Bürger, für die Verteidigung der Freiheit ihres Landes Tod und Leid zur Selbstverteidigung in Kauf nehmen zu wollen [...].

Und gegenüber seiner Position, die Krim militärisch zurück zu holen wäre illegitim, lautet der Einwand:

Die ukrainische Schwarzmeerhalbinsel ist nicht nur weiterhin ein illegal okkupiertes Gebiet, welches unter russischer Besatzung militarisiert wurde. Sie dient auch als geostrategischer Stützpunkt der russischen Land-, See- und Luftstreitkräfte im Allgemeinen sowie seit Februar 2022 als Aufmarschgebiet für den Versuch der Eroberung der südlichen Festland-Ukraine. [...] Damit besteht auch weiterhin unzweifelhaft ein Selbstverteidigungsrecht der Ukraine, um das Territorium der Krim zu befreien.⁵⁸

⁵⁶ Exemplarisch: Gwendolyn Sasse, Die Krim-annektiert, nicht befriedet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.1.2023.

⁵⁷ Helmut P. Aust, <https://www.karenina.de/russland/politik/kein-vertrauen-in-russland/> [30.1.2023].

⁵⁸ Caroline von Gall, Andreas Umland, <https://www.nzz.ch/feuilleton/sorgfaltpflicht-bei-kriegsverbrechen-replik-auf-reinhard-merkel-ld.1720033> [30.1.2023].

Unterstützung mit schweren Waffen

Es existiert keine standardisierte Abgrenzung zwischen sogenannten leichten und schweren Waffen. In der Militärliteratur werden als Unterscheidungskriterien oft die Größe des Kalibers oder die Wirkungsmacht angeführt. Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa/KSE 1990 nannte im Kontext vereinbarter zahlenmäßiger Obergrenzen von schweren Waffensystemen: Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artillerie, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber. Seit Kriegsbeginn wird sowohl in Deutschland wie im Ausland über die Berliner Ukraine-Politik kontrovers debattiert. Im Disput stehen vereinfachend dargestellt zwei Lager gegenüber. Das eine fordert 'mehr Diplomatie mit Russland wagen', das andere plädiert für 'Unterstützung der Ukraine mit Waffen und Sanktionsmaßnahmen gegen Russland'. Die repräsentativen Umfragen zeigen keine deutlichen Mehrheiten für die eine oder die andere Position.⁵⁹

Die Friedens- und Konfliktforscherin Ines-Jacqueline Werkner bietet als Einstieg in die ethische Problematik der Lieferung sogenannter schwerer Waffen aus Deutschland eine 'erstversorgende' informative Analyse. Sie thematisiert das Dilemma aus Waffenunterstützung zur legitimen Abwehr und berechtigter Sorge, selber in eine Kriegsdynamik zu rutschen, und zieht das Fazit:

Das Lavieren zwischen unpräzisen und sehr interpretationsoffenen Aussagen wie, „Die Ukraine muss gewinnen!“, „Die Ukraine darf nicht verlieren!“, oder „Russland darf nicht gewinnen!“ verweist auf Divergenzen, die es innerhalb der Europäischen Union gibt: zwischen den Balten und Osteuropäern auf der einen und Staaten wie beispielsweise Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite. Sie sind letztlich Ausdruck des Versuchs, das ethische Dilemma zwischen Verteidigung der Ukraine und Vermeidung einer möglichen Eskalation in die eine oder andere Richtung aufzulösen.⁶⁰

Was die Wissenschaftlerin euphemistisch als „Divergenzen“ benennt, ist tatsächlich jedoch ein eklatantes Strategiefizit der Politik. Diese besitzt erkennbar keine Zweck-Zeit-Ziel-Mittel-Umfeld leitende Strategie für ihre Unterstützungsleistungen. Vorherrschend ist hingegen situativ-reaktives Denken und Handeln.

Kurzer Exkurs: Die Begriffe 'gewinnen' oder 'nicht verlieren', mit Fokus auf die Ukraine, haben jeweils eine politische und eine militärische Ebene. Bei ihnen verbinden sich unterschiedliche politische Ziele mit entsprechenden militärischen Strategien und darauf ausgerichteten Unterstützungsmodellen. Die Ukraine soll gewinnen wäre die Ansage an Moskau, dass es sein politisches Ziel die Ukraine zu unterwerfen nicht erreichen soll. Die westlichen Rüstungslieferungen würden in diesem Fall sich

⁵⁹ Umfragen, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1312216/umfrage/umfrage-deutsche-ukraine-politik/> [30.1.2023].

⁶⁰ Ines-Jacqueline Werkner, <https://books.ub.uni-heidelberg.de/heibooks/reader/download/1060/1060-4-99093-1-10-20220629.pdf> [30.1.2023].

darauf konzentrieren, in Qualität die ukrainischen Streitkräfte mit Ausbildungshilfe und quantitativen Waffenlieferungen zu komplexen Gefechten der verbundenen Waffen (Artillerie, Kampfpanzer, Schützenpanzer, Luftverteidigung, Panzergrenadiere) für Gegenoffensiven/Vorwärtsverteidigung zu befähigen, die territoriale Integrität wieder herzustellen und auf dem ukrainischen Schlachtfeld mit dem ‘militärischen Sieg’, d.h. mit militärischer Parität der Kampffähigkeit zur russischen Armee, deren Bereitschaft zum Waffenstillstand zu erwirken. Nicht ‘verlieren dürfen’ impliziert demgegenüber die politische Botschaft an Russland, dass die politische Handlungsfähigkeit der Regierung in Kiew bestehen bleiben muss. In welchem territorialen Bestand wird hierbei offen gelassen. Die Waffenlieferungen in Menge und Leistung würden darum nicht manifest zu Gefechten mit verbundenen Waffen führen. Das Ziel wäre, dass die ukrainischen Streitkräfte die politische Funktionsfähigkeit der Regierung verteidigen können und nicht zur Kapitulation gezwungen wird. Die Politik erhofft, dass sich während dieser Zeit ein Fenster für eine beiderseitige Verhandlungsbereitschaft öffnet.

Immer wieder wird in diesem Zusammenhang in der Debatte mahndend unterstrichen, Russland als Atommacht sei militärisch nicht zu bezwingen. Damit wird insinuiert, die Ukraine plane unter westlicher Anstiftung und ihrer Ausrüstung, Russland großflächig und massiv anzugreifen. Und im weiteren Subtext, das provoziere unvermeidlich den russischen Atomeinsatz. Die kontinuierlichen ausdrücklichen Postulate und Appelle aller westlicher Staats- und Regierungschefs, alles zu vermeiden, damit es eben nicht zu direkten militärischen Kriegshandlungen mit Russland kommt, also keine Kriegspartei zu werden, unterstreichen die ernst genommene Sorge. Die Äußerung von Bundesaußenministerin Baerbock, am 24. Januar 2023 in der Diskussionsrunde nach ihrer Rede auf der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg, wurde deshalb in der deutschen Debatte in der Bandbreite von unglücklich bis kriegstreibend kritisiert: „The most important and crucial part is, that we do it together [wapons delivery – W.L.]. We do not do the blame game in Europe, because we are fighting a war against Russia and not against each other.“⁶¹ Der Kontext ihrer vorherigen Aussagen lag jedoch auf dem Appell, sich nicht gegenseitig vorzuhalten, wer wer mehr oder weniger Unterstützung leistet, das diene nur der russischen Propaganda, Europa auseinander dividieren zu können. Sie hätte also noch einmal hervorheben sollen: Bekämpfen müsse Europa die Desinformation und Agitation Moskaus. Die Videoaufzeichnung zeigt eindeutig: das ‘Wording’ „Kampf gegen Russland“ hatte jedenfalls keine militärische Konnotation.

Das Interview des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr und ehemaligen Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, Harald Kujat, am 3. November 2022, verdeutlicht die Problematik, die sich aus einer undifferenzierten Verwendung

⁶¹ Annalena Baerbock, <https://vodmanager.coe.int/coe/webcast/coe/2023-01-24-1/en/33> [30.1.2023].

des Begriffs 'Sieg' ergibt. Nicht erkennbar ist nämlich, ob sich seine Negierung einer 'Siegoption' auf die russischen Interventionskräfte oder gegen die gesamte russische Armee in Russland bezieht: „Wenn es heißt, man muß Russland besiegen, in der Ukraine besiegen, um dann zu verhandeln. Ja dann braucht man eigentlich nicht mehr zu verhandeln. Diese Aussicht auf einen totalen Sieg über Russland, das ist völlig ausgeschlossen. Man kann eine Nuklearmacht nicht besiegen.“⁶²

Aber auch die Beistands-Zusage des Bundeskanzlers in seiner Europa- Rede in Prag am 29. August 2022 bietet keine Klärung:

Putin ist genau dieses vereinte Europa ein Dorn im Auge, weil es nicht in seine Welt-sicht passt, in der sich kleinere Länder einer Handvoll europäischer Großmächte zu fügen haben. [...] Daher unterstützen wir die angegriffene Ukraine: wirtschaftlich, finanziell, politisch, humanitär und auch militärisch. Hier hat Deutschland in den letzten Monaten grundlegend umgesteuert. Wir werden diese Unterstützung auf-rechterhalten, verlässlich und so lange wie nötig.⁶³

Der abgegebene Blanko-Scheck hinsichtlich Zeitrahmen sowie Umfang und Aus-gestaltung der Hilfe hätte darin münden müssen, nunmehr den Prüfungsauftrag für die zugesagte 'verlässliche Unterstützung', sprich militärische Ausrüstung, für un-terschiedliche Szenarios zu erteilen. Rückeroberung der Gebiete im Donbas bis zur Kon-taktklinie am 24. Februar 2022 oder zum Stand Frühjahr 2014 vor den Kämpfen im Donbas mit auch wieder Inbesitznahme der Krim, also territorialer Status von 1991. Die jeweilige notwendige militärische Ausrüstung würde auch strategische Abspra-chen zwischen der Ukraine und Deutschland erfordern. Sonst entschiede Berlin 'pa-ternalistisch' darüber, welche Waffen notwendig seien, oder anderenfalls brauchte Kiew lediglich eine zu erfüllende Bedarfsliste einreichen. Die im späteren Jahres-verlauf aufgekommene heftige Auseinandersetzung um die Lieferungen von Leo-pard-Kampfpanzern, die nach dem positiven Entscheid, erst Monate später geliefert werden können, zeigte hingegen das Fehlen der Prüfung von Optionen als Teil von vorausschauendem strategischen Denken.

Das gilt auch für dieses Szenario: Die russische Führung ist zu einem konventi-onellen militärischen 'All in' bereit und beabsichtigt, mit kontinuierlichem Nach-schub an Soldaten und Militärtechnik ohne Rücksichtnahme auf Ausbildungsstand und Waffenqualität, auf langer Zeitachse die Ukraine in einer Materialschlacht wie eine Anakonda zu erdrücken. Mit welchen angemessenen militärischen Schritten sollte nach Meinung der Bundesregierung daraufhin das Bündnis reagieren, zu den sie bereit wäre, diese voll mitzutragen? Nicht erkennbar sind überdies strategisch-po-litische Denkskizzen darüber, wie eine künftige deutsche Russlandpolitik unter ver-schiedenen Annahmen aussehen könnte? Einigkeit herrscht aber in der politischen

⁶² Harald Kujat, https://www.youtube.com/watch?v=HjnVQQ_Gyyc [30.1.2023].

⁶³ Olaf Scholz, Europa-Rede, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundes-kanzler-scholz-an-der-karls-universitaet-am-29-august-2022-in-prag-2079534> [30.1.2023].

Klasse, dass auf unabsehbare Zeit die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wieder wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts von der Maxime gesteuert wird: Sicherheit für Deutschland bedingt Sicherheit vor Russland. Bedeutet das zugleich eine Renaissance der US-sicherheitspolitischen Nachkriegsordnung in Europa, mit den bekannten Pfeilern: „To keep the Americans in, the Russians out and the Germans down“⁶⁴ – nur mit der künftigen Änderung, „to keep Germany strong, but under control“? Ebenso unklar ist eine künftige deutsche Ukrainepolitik. Im Diskurs konkurrieren fünf unterschiedliche gesellschaftspolitische Modelle.⁶⁵ Welches von ihnen wird die Bundesregierung fördernd unterstützen?

Im Ausland wird in Bezug auf deutsche Waffenlieferungen in Konflikt-/Kriegsgebiete oft nicht hinreichend die politisch-normative Selbstbeschränkung deutscher Rüstungsexporte berücksichtigt, die in der deutschen Realpolitik gleichwohl nie eine so strikte Anwendung fand wie das Reinheitsgebot von deutschem Bier. Hierzu zählen beispielhaft Waffenlieferungen an Israel und andere Länder im Nahen Osten, Afghanistan, die kurdischen Peschmergas, Südkorea etc. Darum geht es: 1971 wurden die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ erlassen. Hiernach dürfen deutsche Waffen nur an Nato-Partner, später auch EU-Mitglieder oder demokratische Drittstaaten, exportiert werden.

Ansonsten sollen Rüstungsgüter nur in begründeten Ausnahmefällen und unter Beachtung des Grundsatzes exportiert werden, dass Lieferungen nicht in Länder genehmigt werden, 'die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht, in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden' (Politische Grundsätze III. Nr. 7).⁶⁶

Im Ausland wird ebenfalls nicht hinreichend der sich nach 1990 entwickelnde deutsche 'Militärskeptizismus' verstanden, unterstützt durch das von der Politik propagierte Bild, nunmehr sei man von Freunden umgeben. Dazu kam, dass im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 die Auseinandersetzung mit auftretenden militärischen Alltagsproblemen aus der Mitte der Gesellschaft verschwand. Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler prägte hierzu die Formel vom „freundlichen Desinteresse“ der Gesellschaft an der Bundeswehr.

Vor diesem Hintergrund trafen bereits in der Spannungszeit vor dem Krieg die Bitten und Forderungen der ukrainischen Regierung auch nach deutschen Waffen

⁶⁴ Ausspruch des Ersten Nato-Generalsekretärs Lord Ismay nach David Reynolds (Hg.), *The Introduction*, in: *The Origins of the Cold War in Europe: International Perspectives*, Yale University, 1994, S. 13, hier zitierend: Peter Hennessy, *Whitehall*, London 1989, S. 412.

⁶⁵ Bogdan Kolesnyk, <https://www.karenina.de/russland/politik/die-ukraine-sucht-ihre-zukunft/> [30.1.2023].

⁶⁶ Politische Grundsätze, <https://verfassungsblog.de/keine-waffenlieferungen-in-krisengebiete/> [30.1.2023].

auf eine darauf unvorbereitete deutsche Regierung und Gesellschaft. In seiner Zeitenwende-Rede drei Tage nach dem Kriegsangriff kündigte der Bundeskanzler hingegen an, dass „Deutschland der Ukraine Waffen zur Verteidigung des Landes liefern wird.“ Wann, welche, wieviele ließ er offen. Gleichwohl bedeutete die Zusage bereits eine Konfrontation mit einem in weiten Teilen der Sozialdemokraten verbreiteten ‘friedenspolitischen Selbstverständnis’. Am 28. April 2022 votierte dann aber der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit für einen Beschluss der Regierungskoalition und der CDU/CSU Opposition (Entschließungsantrag 27. April), der Ukraine auch schweres Militärgerät zu übergeben:

Deutschland ermöglicht in Abstimmung mit anderen NATO-Partnern die Lieferungen schwerer Waffen. Insbesondere Waffen sowjetischer oder russischer Bauart sollen an die Ukraine geliefert werden, weil diese sofort eingesetzt werden können. Deutschland ersetzt oder erstattet diese Waffen („Ringtausch“). Immer wieder muss überprüft werden, ob weitere Waffen abgegeben werden können, die dann zeitlich versetzt nachgeschoben werden können. [...] So wie Deutschland seine eigenen Abgaben ständig überprüft, wird es aktiv auf andere Länder zugehen, um ihnen die Beteiligung an einem Ringtausch anzubieten.⁶⁷

Fünf Monate später, am 20. September, legte die oppositionelle CDU/CSU Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag vor, auch schwere Waffen aus deutscher Produktion auszuliefern.⁶⁸ Eine Abstimmung erfolgte nicht, mit der Mehrheit der Regierungskoalition wurde er an die Ausschüsse verwiesen.

Ein im In- und Ausland oft geäußelter medialer Vorwurf lautet, die Bundesregierung würde nur zögernd den Parlamentsbeschluss vom 28. April in faktische Genehmigungen und Lieferungen umsetzen. Vertreter der Regierung und der sie tragenden Parlamentarier verweisen dann stets auf die von der Regierung frei gegebene Liste von bereits geliefertem oder zugesagtem großen Waffenarsenal, Stand 19. Januar 2023.⁶⁹ Auch der Ukraine Support Tracker des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Stand 7. Dezember 2022, weist Deutschland in absoluten Zahlen – gemessen bei militärischen, finanziellen und humanitären Unterstützungsleistungen – nach den USA und Großbritannien als den drittgrößten Geber aus.⁷⁰ Die beiden angloamerikanischen Staaten scheinen eine ‘nachträgliche moralische Bringschuld’ aus dem Budapest Memorandum von 1994 zu leisten, in dem sie sich, wie auch Russland, zur Beachtung der ukrainischen Unabhängigkeit, Souveränität und bestehenden Grenzen verpflichtet hatten. Allerdings besitzt das Memorandum keine Völkerrechtsqualität.

⁶⁷ Parlamentsbeschluss, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/015/2001550.pdf> [30.1.2023].

⁶⁸ Antrag der CDU/CSU BT Fraktion, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/034/2003490.pdf> [30.1.2023].

⁶⁹ Deutsche Waffenlieferungen, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514> [30.1.2023].

⁷⁰ Kieler Institut, <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/?cookieLevel=not-set> [30.1.2023].

Der Ukraine wurden als Gegenleistung für die Abgabe der Atomwaffen auf dem vormaligem sowjetukrainischen Territorium, zu denen sie aber nie die erforderlichen militärischen Freischalt-Codes besaßen, bei Souveränitäts-Verstößen aber keine materiellen Sicherheitsgarantien und Sanktionsmechanismen zugesichert. Auf die potenziellen fatalen Implikationen hatte Mearsheimer hingewiesen, s.o.

Vor dem Hintergrund der Raum-, Rasse- und Vernichtungskriegsführung von Wehrmacht und SS in der Ukraine im 2. Weltkrieg hätte Deutschland dann allemal eine moralische Bringschuld, dem überfallenen Land militärisch zu helfen und löst diese erkennbar auch ein. Das ist mittlerweile, wie die oben genannten beiden Quellen ausweisen, auch unstrittig. Bei der zähen Kontroverse geht es vielmehr um den Export jeweils schwerer Waffensysteme an die ukrainische Armee. Fast schon ritualisiert kritisieren die einen die Zurückhaltung des Bundeskanzlers als nicht entscheidungsfähige Unentschlossenheit. Die anderen hingegen loben dies als ein kluges langes Prüfen und Abwägen. Beim letzten Disput lag der Fokus wochenlang auf der Lieferung moderner deutscher Kampfpanzer (Leopard). Vor der Regierungs-Entscheidung waren 46% der repräsentativ Befragten in Deutschland dafür, 43% dagegen. Nach dem Beschluss hielten ihn 59% für richtig, 33% für nicht richtig.⁷¹ Eine Ursache für derartige heftige Auseinandersetzungen könnte im kommunikativen Politikstil des Regierungschefs, liegen, den der SPIEGEL-Redakteur, Christian Teevs so charakterisiert: „Scholz erklärt seine Politik nicht im Voraus, nicht während des laufenden Prozesses. Er kommuniziert nur Ergebnisse und erklärt seine Entscheidungen im Nachhinein. [...] Doch das Vorgehen birgt Risiken. In den langen Phasen, in denen Scholz sich und seine Politik nicht erklärt, wirkt er in der öffentlichen Debatte schwach und zögerlich.“⁷²

Eine andere Erklärung bietet die partei- und gesellschaftspolitisch partiell noch abgelehnte, aber von Vielen hingegen bereits einforderte, proaktive Gestaltung von deutscher *leadership* in Europa. Die hatte im Juni 2022 indes der SPD Co-Parteivor-sitzende angekündigt:

Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben. Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem. Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten ein hohes Maß an Vertrauen erarbeitet. [...] Wir sollten diese Erwartungen erfüllen. Führung bedeutet übrigens nicht, breitbeinig oder rabiat aufzutreten. [...] Führung bedeutet, sich seiner Rolle bewusst zu sein. Sich nicht wegzuducken, andere einzusammeln.⁷³

⁷¹ ZDF Politbarometer, <https://www.zdf.de/nachrichten/briefing/politbarometer-koalitionsausschuss-fornoff-zdfheute-update-100.html> [30.1.2023].

⁷² Christian Teevs, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-und-die-panzerlieferungen-fuer-die-ukraine-das-prinzip-wumms-a-3194c120-1f0f-447c-adc7-c9f560471331> [30.1.2023].

⁷³ Lars Klingbeil, Deutsche Führungsrolle, <https://www.vorwaerts.de/artikel/sozialdemokratie-hat-chance-europa-praegen?fbclid=IwAR3RvHSmzPSYNzfsaNcnqz5GuCdgQU2xLVFWDO1-iQd1JvbYhsV0i1-gP7s> [30.1.2023].

Deutschlands Führungsanspruch ist kein Novum. Auf der Sicherheitskonferenz 2015 in München behauptete die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen inhaltlich sehr ähnlich wie Klingbeil 2022 Deutschlands Bereitschaft zur Führung:

Germany is ready to lead. [...] Verstehen wir unter Führung das Führen mit der Pickelhaube? Nein! Führen in der Form, dass Deutschland das Lenkrad an sich reißt und die Richtung vorgibt? Nein! Führung, indem Deutschland voranstürmt, weil es glaubt, Nummer eins unter Europäern sein zu müssen? Nein! Das alles entspricht nicht der politischen Kultur Deutschlands im 21. Jahrhundert. Ich möchte sagen, zu welcher Art Führung Deutschland sehr wohl bereit ist: Es ist die Führung aus der Mitte. Dies ist der Anspruch, den unsere Partner an uns haben – und dies sollte auch unser eigener Anspruch an uns selbst sein.⁷⁴

In einer weiteren Rede im Oktober 2022 präziserte Klingbeil jedoch sein Verständnis von Führungsmacht und Verantwortungsübernahme als Rollentandem. So verortet er Führung, anders als Frau von der Leyen sieben Jahre zuvor, nicht aus dem Zentrum heraus, sondern als voraus gehendes Beispiel, das nunmehr auch die Partner in dieser Form erwarten würden: „Vorangehen und andere mitnehmen. Verantwortung übernehmen. Das ist das, was andere von uns erwarten.“⁷⁵

Zu eben einer solchen sicherheitspolitischen Führungsverantwortung in Europa bekannte sich der Bundeskanzler in seinem Artikel für die Januar/Februar Ausgabe 2023 von *Foreign Affairs*: „The crucial role for Germany at this moment is to step up as one of the main providers of security in Europe by investing in our military, strengthening the European defense industry, beefing up our military presence on NATO’s eastern flank, and training and equipping Ukraine’s armed forces.“⁷⁶

Ein elementar wichtiger Faktor bei allen jeweiligen auch deutschen Rüstungslieferungen ist die sorgsam abschätzende Risikobeurteilung. Das Sicherheitsventil heißt keine Alleingänge. In der Praxis bedeutet das: Insbesondere sollen auch immer die USA adäquate Waffensysteme der Ukraine zur Verfügung stellen. Damit erhofft sich insbesondere das sozialdemokratisch geführte Bundeskanzleramt, Russland die feste und notwendige Sicherheitskoppelung zwischen den USA und Europa zu verdeutlichen und nicht einzelne Waffenlieferant-Staaten in eine exponierte Stellung zu bringen. Mit anderen Worten: Deutschland beurteilt das vereinte Europa auf sich allein gestellt nicht in der Lage, dem Drohpotenzial Russlands widerstehen zu können oder zu wollen. Bis zur Realität einer europäischen Selbstbehauptung, die ein Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion vom 27. Oktober 2020 einforderte, ist es noch ein langer Weg.

⁷⁴ Ursula von der Leyen, https://securityconference.org/assets/user_upload/Redemanuskript_BMin_von_der_Leyen_MSC_2015.pdf [30.1.2023].

⁷⁵ Lars Klingbeil, Fußnote 1.

⁷⁶ Olaf Scholz, in: *Foreign Affairs*, <https://www.foreignaffairs.com/germany/olaf-scholz-globalzeitenwende-how-avoid-new-cold-war> [30.1.2023].

Zur Lösung von Krisen und Konflikten setzt ein souveränes Europa auf das Primat der Politik, Diplomatie und Dialog, zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Demokratie- und Friedensförderung und einen kooperationsbasierten Multilateralismus. Grundlegende Voraussetzung für eine frühzeitige und wirksame Prävention von Krisen und Konflikten ist aber auch, dass die EU gegebenenfalls auch militärisch als geeinter und somit glaubwürdiger Akteur in friedens- und sicherheitspolitischen Fragen handelt.⁷⁷

Die wiederholten mal verklausulierte, mal offenen russischen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen, an der Spitze stehen hier Putin und Medwedev, gehören zwar zum Furcht und Angst auslösen-Repertoire der psychologischen Kriegsführung seit Nikita Chruschtschow in der Sowjetzeit.⁷⁸ Doch was rangiert im Kontext mit der westlichen Waffenunterstützung in der Gegenwart unter russischem Bluff, und was indiziert eine reale Gefahr? Das entzieht sich jeder valider Beurteilung und kann sich zudem auch jederzeit ändern. Gleichwohl: Wenn die Sorge vor einem russischen Nukleareinsatz sich künftig doch als tragender Grund für die Ablehnung weiterer Unterstützungen mit schweren Waffen etablieren sollte, wäre das Selbstabschreckung und ein Eingeständnis atomarer Erpressbarkeit. Und damit einher ginge eine Labilisierung der Nato-Abschreckung. Denn wie glaubwürdig abschreckungsstabil stellt sich die Allianz in der russischen Perzeption dar, wenn sie Rüstungsexporte an die bekriegte Ukraine bei einer Atomschlag-Drohung verweigern würde, aber gleichzeitig abschreckungspolitisch in Moskau die Glaubwürdigkeit bewirken wollte, bei einem vergleichbaren Angriff auf ein Bündnis-Mitglied dann hingegen auch bis zum Atomwaffeneinsatz bereit zu sein?

Schlussfolgerungen

Kriege werden von den gegeneinander kämpfenden Streitkräften auf dem Schlachtfeld entschieden. Am Verhandlungstisch wird der Krieg beendet, und die Diplomaten ringen um die neue Friedensordnung. Oft verlaufen jedoch Kampfhandlungen und diplomatische Sondierungen gleichzeitig. In Umkehr des bekannten Clausewitz Postulats, „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“,⁷⁹ kann diese Situation beschrieben werden als ‘Politik ist eine bloße Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln’. Doch wann ist auf dem Schlachtfeld der Zeitpunkt gegeben, zu dem über die Gestaltung des Friedens verhandelt werden kann? Carl v. Clausewitz nennt in diesem Kontext zwei entscheidende Bedingungen. 1. Zwischen den Kriegsgegnern herrscht eine Ausgewogenheit jeweiliger

⁷⁷ Positionspapier, https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktionsbeschluss_souveraenes-europa_20201027.pdf [30.1.2023].

⁷⁸ Wulf Lapins, <https://www.karenina.de/russland/politik/atomkrieg-bluff-oder-reale-gefahr/> [30.1.2023].

⁷⁹ Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, Erstes Buch, Erstes Kapitel, Ziffer 24.

Stärken und Fähigkeiten, „wenn für diesen Zustand des Gleichgewichts keine Veränderung vorher zu sehen ist, so müssen beide Teile Frieden machen.“⁸⁰ 2. Der Kriegszweck ist erfüllt. „Nach dieser Eroberung ist sein politischer Zweck erfüllt, das Bedürfnis des Handelns hört auf, für ihn tritt Ruhe ein. Will der Gegner sich auch bei diesem Erfolg beruhigen, so muss er Frieden schließen, will er dies nicht, so muß er handeln.“⁸¹

Die europäische geopolitische Ordnung und vielleicht auch darüber hinaus wird voraussichtlich eine andere sein als vor dem Ukraine-Krieg. Ob die ordnungs- und machtpolitischen Änderungen wie tektonische Platten sich nur langsam verschieben werden, oder eher schneller wie eine aufbauende neue Wetterfront, ist aus heutiger Warte aus nicht prognostizierbar.

An dieser Stelle soll nur ein kurzer, gleichwohl strategischer Blick, auf Ostmittel- und Nordeuropa gerichtet werden. Das renommierte US-Magazin *Politico* rückte hierzu in einer Analyse Ende November 2022 Polen ins Zentrum⁸²: „Poland’s paranoia about Russia prompted it to eschew the prevailing Zeitgeist across much of Europe that conventional warfare was a thing of the past. Instead, it is building what are now on track to become the EU’s heftiest land forces.“ Zur Untermauerung der Einschätzung wird Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit der Aussage Anfang des Monats zitiert: „The Polish army must be so powerful that it does not have to fight due to its strength alone“. Ganz in diesem Sinn hatte bereits einem Bericht der polnischen Zeitung *Polityka* Ende Juli zufolge Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak die rüstungs- und sicherheitspolitische Richtung vorgegeben: „Aber wir zielen darauf ab, unsere gesamte gepanzerte Flotte zu ändern. Wir streben danach, dass die polnischen Landstreitkräfte die stärksten in Europa sind, natürlich die stärksten in der Nordatlantischen Allianz, und wir werden es tun, erklärte der Leiter des Ministeriums für Nationale Verteidigung.“⁸³ Über den dafür bereits laufenden wie weiteren notwendigen Rüstungskauf in Südkorea und in den USA berichten *Politico* und *Polityka* detailliert.

Diese Programmatik konsequent umgesetzt, führt zu drei Implikationen: 1. Polen baut nationale hinreichende konventionelle Abschreckungsfähigkeiten auf. 2. Die Schlüssel motive dafür sind Zweifel an der Verteidigungsstärke und -bereitschaft der europäischen Bündnispartner, in Verbindung mit der Ungewissheit eines Regierungswechsels nach den Präsidentenwahlen 2024 sowie eine generelle Sorge vor einer möglichen russischen Aggression. 3. Mit der neuen militärischen Leistungsfähigkeit erhält die Warschauer Politik mehr Gewicht in der Nato.

⁸⁰ Ebenda, Ziffer 13.

⁸¹ Ebenda.

⁸² *Politico*, <https://www.politico.eu/article/europe-military-superpower-poland-army/> [30.1.2023].

⁸³ *Polityka* [deutsche Übersetzung: W.L.], <https://www.rp.pl/polityka/art36772481-blaszczak-bedziemy-miec-najsilniejsze-wojska-ladowe-w-europie-w-ramach-nato> [30.1.2023].

Polens PiS-Regierung könnte unter der Voraussetzung einer Wiederwahl, im Herbst 2023 versuchen, mit der Ukraine, Tschechien und der Slowakei eine sicherheitspolitische 'slawische' Koalition in und für Ostmitteleuropa in der Allianz zu bilden. Der Ende Januar neu gewählte tschechische Präsident, ex-General und ehemaliger Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, Petr Pavel, wird unbestritten Sicherheitsfragen in der Region eine prioritäre Aufmerksamkeit schenken. Ob er aber den Geleitzug in der Nato mit der Lokomotive USA einem polnisch angeführten Block innerhalb der Allianz vorziehen würde, ist sehr fraglich. Die engen, auch gerade sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Warschau und Kiew, sind jedenfalls auf Dauer ausgerichtet⁸⁴ und werden einen starken Pfeiler für US-geostrategische Sicherheitsinteressen in Europa bilden. Das ermöglichte wiederum Washington, bei gegensätzlichen politischen Dispositionen zu deutschen, stärker Einfluss auf Berlin ausüben zu können, dem anderen engen Verbündeten.

Vorstellbar in einer europäischen post-Kriegsordnung ist auch die Bildung eines stärker aufeinander abgestimmten nordeuropäischen Sicherheitsblocks der baltischen Staaten mit Finnland und Schweden im Bündnis. Notabene, alle derartigen sicherheitspolitischen Denkfiguren der genannten Akteure fokussieren den Zweck, dass die USA sicherheitspolitische Führungs-, Garantie- und Gestaltungsmacht in Europa bleibt. Das Ziel einer verteidigungspolitischen europäischen Souveränität würde dann nicht hintangestellt, wenn damit „Statusparität mit den USA durch symmetrische Interdependenz“⁸⁵ zu erreichen wäre.

Fazit des Diskurses

Die Debatte über den Krieg in den untersuchten Materialien im Zeitraum bis Ende Januar 2023 ist auf ein 'entweder-oder' fokussiert, mit den Positionen Waffenlieferungen (zur effektiven Verteidigung und auch Rückeroberung), bzw. Waffenstillstand/Diplomatie (mehr Ausrüstung führt zur Kriegsverlängerung und Eskalation). Ein kombiniertes 'sowohl als auch', zur Herstellung einer Kräfteparität durch verstärkte ukrainische militärtechnische Hilfe, um die Chance auf eine russische militärische Einsicht auf Waffenruhe zu erhöhen, wird selten thematisiert. In den Politikeraussagen wie den Leit-Printmedien herrscht ein weitgehender Fehlbestand über vertiefte Diskussionen zur geökonomischen (Ressourcen) und geopolitischen (europäische Neuordnung) Interessenlage der russischen Kriegsführung wie ebenfalls über potenzielle US-amerikanische Interessen, die für die enormen Hilfspakete Pate stehen. Darüber erfährt die Leserschaft nahezu nur aus Fachaufsätzen.

⁸⁴ Der Krieg bieten Polen eine Chance, in: NZZ Internationale Ausgabe, 24. Januar 2023, S. 13.

⁸⁵ Eckard Lübckemeier, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S17_lbck_Selbstverteidigung.pdf [30.1.2023].

Literaturverzeichnis

- Adomeit, Hannes, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2021-3008/html>
- Antrag CDU/CSU BT Fraktion, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/034/2003490.pdf>
- Aufgabe der Neutralität, <https://www.euronews.com/2014/12/23/ukraine-votes-to-drop-neutrality-and-see-nato-membership>
- Aust, Helmut, <https://www.karenina.de/russland/politik/kein-vertrauen-in-russland/>
- Baerbock, Annalena, <https://www.youtube.com/watch?v=C3aeAoQbVp4>
- Baerbock, Annalena, <https://vodmanager.coe.int/coe/webcast/coe/2023-01-24-1/en/33>
- Chatham House, https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/2021-05/2021-05-13-myths-misconceptions-debate-russia-nixey-et-al_0.pdf
- Clausewitz, Carl von, *Vom Kriege*, Erstes Buch, Erstes Kapitel.
- Deutsche Waffenlieferungen, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>
- Eidelmann, Tamara, <https://novayagazeta.eu/articles/2022/10/05/ia-ne-vizhu-iznutri-rossii-za-prosa-na-eio-raspad>
- Faktencheck, <https://russlandverstehen.eu/fuecks-becker-faktencheck-einkreisung-russland-nato/>
- Fischer, Sabine, <https://www.swp-berlin.org/publikation/russland-auf-dem-weg-in-die-diktatur>
- Fix, Liana, Russland, in: Russland Analysen, Nr. 419.
- Gall, Caroline von, und Umland, Andreas, <https://www.nzz.ch/feuilleton/sorgfaltspflicht-bei-riegsverbrechen-replik-auf-reinhard-merkel-ld.1720033>
- Gosu, Armand, <https://www.dw.com/de/moskaus-feind-ist-der-westen/a-61849310>
- Habermas, Jürgen, https://blendle.com/i/suddeutsche-zeitung/krieg-und-emporung/bnl-sueddeutschezeitung-20220429-12_1?sharer=eyJ2ZXJzaW9uIjoiaSIsInVpZCI6IndlbGZsYWlucyIsImI0ZW1faWQiOiJibmwtc3VlZGRldXRzY2hlem
- Hardthöhen Kurier, <https://www.hardthoehenkurier.de/index.php/news/9-news/554-rheinmetall-mit-grossauftrag-erfolgreich-in-russland-hochmodernes-trainingszentrum-fuer-das-russische-heer>
- Heinemann-Grüder, Andreas, und Mitrokhin, Nikolay in: Osteuropa 3/2021.
- Heinemann-Grüder, Andreas, in: Russland Analysen, Nr. 419.
- Imperialismus-Theorien und der Ukraine Krieg, <https://www.marx21.de/imperialismus-theorien-im-kampf-um-die-ukraine-ein-ueberblick/>
- ISPK-Studien zur Konfliktforschung, https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748933915.pdf?download_full_pdf=1&page=1
- Jilge, Wilfried, und Meister, Stefan, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2022.
- Kiis, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&cid=888&page=1>
- Jermolenko, Woldomyr, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/506785/russland-will-nicht-nur-die-ukraine-zerstoeren-sondern-auch-europa/>
- Kielmansegg, Peter Graf von, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung online am 23.4.2022.
- Kieler Institut für Weltwirtschaft, <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/?cookieLevel=not-set>
- Klein, Margarete, und Schreiber, Nils Holger, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A76_Russland_Militarisierung.pdf
- Klingbeil, Lars, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20221018_Rede_LK.pdf
- Klingbeil, Lars, <https://www.vorwaerts.de/artikel/sozialdemokratie-hat-chance-europa-praegen?fbclid=IwAR3RvHSmzPSYNzfsaNcnqz5GuCdgQU2xLVFWDO1-iQd1JvbYhsV0i1-gP7s>

- Kolesnikov, Andrej, *Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes*, in: Osteuropa 6/2020, S. 3–28.
- Kolesnyk, Bogdan, <https://www.karenina.de/russland/politik/die-ukraine-sucht-ihre-zukunft/>
- Kujat Harald, <https://www.infosperber.ch/politik/welt/ukraine-die-kampfpfpanzer-reichen-fuer-eine-kriegswende-nicht/>
- Kujat, Harald, https://www.youtube.com/watch?v=HjnVQQ_Gyyc
- Kroenig, Matthew, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2018-4002/html?lang=de>
- Lapins, Wulf, <https://www.karenina.de/russland/politik/atomkrieg-bluff-oder-reale-gefahr/>
- Leyen, Ursula von der, https://securityconference.org/assets/user_upload/Redemanuskript_BMin_von_der_Leyen_MSC_2015.pdf
- Libyen, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-mission-putin-wirft-westen-kreuzzug-gegen-gaddafi-vor-a-752251.html>
- Lindner, Rainer, https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/43685/ssoar-2008-pleines-Die_Ukraine_zwischen_Ost_und.pdf
- Luchterhandt, Otto, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/russlands-geisel/>
- Lucke, Albrecht von, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/april/putins-krieg-das-ende-unserer-illusionen>
- Lübckemeier, Eckard, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S17_lbk_Selbstverteidigung.pdf
- Malek, Martin, https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/stb4_03.pdf
- Matveev, Ilya, <https://www.facebook.com/ilia.matveev/posts/10224882563347341>
- Matveev, Ilya, <https://www.iire.org/node/1022>
- Mearsheimer, John J., <https://weltwoche.ch/daily/geostrategie-mearsheimer-putin-wollte-die-ukraine-nie-zu-einem-teil-russlands-machen-er-wollte-verhindern-dass-sie-zum-sprungbrett-fuer-westliche-aggression-werden-kann-der-nato-beitritt-ist-die/>
- Mearsheimer, John J., <https://www.mearsheimer.com/wp-content/uploads/2019/07/Mearsheimer-Case-for-Ukrainian-Nuclear-Deterrent.pdf>
- Meir, Golda, <https://www.diepresse.com/1458625/als-israel-schon-zur-atombombe-griff>
- Meißner, Burckhardt, und Pleyer, Severin, https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/08/GIDSstatement2022_07_Meissner_Pleyer_20220822.pdf
- Merkel, Reinhard, <https://www.karenina.de/russland/politik/hat-die-ukraine-die-pflicht-zu-verhandeln/>
- Nuclear Posture Review 2022, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF12266>
- NZZ Internationale Ausgabe, 24.1.2023
- Offener Brief, 14.1.2022, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-01/deutsche-russlandpolitik-korrektur-forderung-sicherheitspolitik/komplettansicht>
- Offener Brief, 18.3.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/osteuropa-experten-fordern-harteren-russlandkurs-4317901.html>
- Offener Brief, 29.4.2022, <https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463>
- Offener Brief, 4.5.2022, https://www.zeit.de/2022/19/waffenlieferung-ukraine-offener-brief-olaf-scholz?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
- Offener Brief, 29.6.2022, <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>
- Offener Brief, 19.7.2022, https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/96-osteuropa-experten-weltweit-fordern-schwere-waffen-jetzt_id_119428660.html
- Parlamentsbeschluss, <https://verfassungsblog.de/keine-waffenlieferungen-in-krisegebiete/>

- Parlament lehnt Nato-Beitrag ab, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-parlament-lehnt-nato-beitritt-ab-a-704236.html>
- Politico, <https://www.politico.eu/article/europe-military-superpower-poland-army/>
- Politische Grundsätze, <https://verfassungsblog.de/keine-waffenlieferungen-in-krisengebiete/>
- Polityka, <https://www.rp.pl/polityka/art36772481-blaszczak-bedziemy-miec-najsilniejsze-wojska-ladowe-w-europie-w-ramach-nato>
- Positionspapier der SPD BT Fraktion, https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktionsbeschluss_souveraenes-europa_20201027.pdf
- Putins Kriegsgründe, <https://www.dw.com/de/putins-kriegsgründe-im-faktencheck/a-60901735>
- Putin, Wladimir, *Über die historische Einheit*, in: Osteuropa 7/2021, S. 51–66.
- Putin, Wladimir, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>
- Reckwitz, Andreas, *Der Optimismus verbrennt*, in: Die Zeit 12/2022, S. 47.
- Reynolds, David (Hg.), *The Introduction*, in: *The Origins of the Cold War in Europe: International Perspectives*, Yale University, 1994, S. 13, hier zitierend: Peter Hennessy, *Whitehall*, London 1989, S. 412.
- Reznikov, Oleksii, <https://www.bbc.com/news/world-europe-64255249>
- Rudolf, Peter, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2018S15_rdf.pdf
- Russischer Nukleareinsatz, <https://www.bits.de/public/gast/2020-Juni-dgksp-dp-NuklearpolitikRUS.pdf>, Sasse, Gwendolyn, *Die Krim-annektiert, nicht befriedet*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, online, 5.1.2023.
- Scholz, Olaf, <https://www.foreignaffairs.com/germany/olaf-scholz-global-zeitenwende-how-avoid-new-cold-war>
- Scholz, Olaf, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzler-scholz-an-der-karls-universitaet-am-29-august-2022-in-prag-2079534>
- Scholz, Olaf, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>
- Scholz, Olaf, https://www.zeit.de/politik/ausland/ukraine-krieg-russland-newsblog-live?mj_campaign=nl_ref&mj_content=zeitde_text_link_x&mj_medium=nl&mj_source=int_zonaudev_Was%20jetzt%3F#event_id=em12Tjv96goC6Qs7D9nL
- Scholz, Olaf, <https://www.welt.de/politik/ausland/article238481145/Ukraine-News-Scholz-wirft-Pazifisten-Zynismus-vor.html>
- Sevcova, Lilija, *Russlands Wille zur Weltmacht*, in: Osteuropa 4/2007, S. 33–52.
- Simon, Gerhard, <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s12399-022-00917-5.pdf?pdf=button>
- Snyder, Timothy, <https://www.karenina.de/russland/wissenschaft/ukraine-wo-habermas-irrt/>
- Teevs, Christian, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-und-die-panzerlieferungen-fuer-die-ukraine-das-prinzip-wumms-a-3194c120-1f0f-447c-adc7-c9f560471331>
- Timoschenko, Julija, <https://de.euronews.com/2014/12/23/ukraine-was-kommt-nach-dem-ende-der-neutralitaet>
- Ukraine Project, <https://www.understandingwar.org/project/ukraine-project>
- Umfragen, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1312216/umfrage/umfrage-deutsche-ukraine-politik/>
- Umland, Andreas, *Abschied vom Wolkenkuckucksheim. Deutschlands langsamer Wiedereintritt in die Weltpolitik*, in: Russland-Analysen Nr. 419.
- Verfassungsänderung der Ukraine, <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2680-19?lang=uk#Text>

- Werkner, Ines-Jacqueline, <https://books.ub.uni-heidelberg.de/heibooks/reader/download/1060/1060-4-99093-1-10-20220629.pdf>
- Wie es zum Krieg in Europa kam, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/russland-ukraine-invasion-krieg-chronik>
- Wisotzky, Fabian, <https://www.rosaluxhttps://www.nzz.ch/feuilleton/sorgfaltspflicht-bei-kriegs-verbrechen-replik-auf-reinhard-merkel-ld.1720033.de/news/id/46055>
- Zajaczkowski, Johann, *Russland – eine pragmatische Grossmacht?*, Stuttgart 2015.
- Zweites Deutsches Fernsehen, Politbarometer, <https://www.zdf.de/nachrichten/briefing/politbarometer-koalitionsausschuss-fornoff-zdfheute-update-100.html>
- Zweites Deutsches Fernsehen, Russische Blogger, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/putin-propaganda-blogger-kritik-ukraine-krieg-russland-100.html>

Zum deutschen Diskurs über den Krieg gegen die Ukraine

Zusammenfassung

Die heftige kontroverse Auseinandersetzung über den Ukraine-Krieg fokussiert die deutsche Unterstützungsrolle. Soll Deutschland mit mehr politisch-diplomatischem Einsatz Unterstützung für ein potenzielles schnelles Kriegsende leisten oder die Ukraine mit einem permanenten Zulauf von Waffen so effizient verteidigungsfähig machen, um auf dieser Basis Russland in Abwägung des Kräfteverhältnisses zum Waffenstillstand zu bringen?

Schlüsselwörter: Russland, Ukraine, Krieg, Waffenstillstand, Waffenlieferung, Atomkrieg, Furcht, Strategie, Putin

On the German discourse on the war against Ukraine

Abstract

The fierce controversy about the Ukraine war focuses on the German support role. Should Germany provide more political-diplomatic support for a potentially accelerated end to the war, or should the Ukraine be able to defend itself efficiently with a permanent supply of weapons in order to bring Russia to a ceasefire after assessment the balance of power?

Keywords : Russia, Ukraine, war, cease fire, arms delivery, nuclear war, fear, strategy, Putin